



PROTOKOLL

DER 2. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2026, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

<u>Datum, Zeit, Ort</u>	Donnerstag, 05. März 2026, 19:00 – 21:45 in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall
<u>Präsenz</u>	20 Einwohnerräte (ER): Fabian Bolli (GLP), Urim Dakaj (SP), Oliver Fessler (SVP), Peter Fischli (FDP), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Deborah Isliker (SVP), Matthias Koch (GLP), Bernhard Koller (EDU), Thomas Leuzinger (SP), Dimitrij Ruh (SP), Roland Müller (Grüne), Nina Schärner (FDP), Christian Schenk (SP), Marco Torsello (FDP), Luka Vojinovic (Die Mitte), Dr. Jakob Walter (parteilos) Gemeindepräsident (GP): Felix Tenger (FDP) Gemeinderäte (GR): Christian Di Ronco (die Mitte), Andreas Neuenchwander (SVP), Sabina Tektas-Sorg (SP), Marcel Zürcher (SP) Gemeindeschreiberin: Sandra Tanner (Gemeindeschreiberin) Aktuarin: Barbara Zanetti
<u>Vorsitz</u>	Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)
<u>Entschuldigt</u>	Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Isabella Zellweger (SVP)
<u>Protokoll</u>	Das Protokoll der letzten Sitzung vom 15. Januar 2026 wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.
<u>Mitteilungen</u>	Am 16.3.2026 findet eine Infoveranstaltung über die Abwärme Nutzung von Datenzentrum Beringen für kommunal und kantonal Politiker statt die Veranstaltung findet in der Rathauslaube statt die Einladung wird per E-Mail heute verschickt.

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 15. Januar 2026

1. Postulat Nr. 2026/01 von Ernst Schläpfer mit dem Titel «Laufengasse»
2. Postulat Nr. 2026/02 von Oliver Fessler mit dem Titel «Einrichtung eines Hundeparks im Gebiet Langriet».

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller** vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen.
An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt, Fristenerstreckung bis 31. Dezember 2024.



2. **Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli** vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.
An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2024.
3. **Postulat Nr. 2024.02 von Fabian Bolli** vom 16. September 2024 mit Titel «Beitritt zum Regionalen Naturpark auf zweite Betriebsphase prüfen».
An der ER-Sitzung vom 10. April 2025 als erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2026.
4. **Postulat Nr. 2025.01 von Thomas Leuzinger** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Einführung des 10-Minuten Taktes auf der Linie 7.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
5. **Postulat Nr. 2025.02 von Fabian Bolli** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Busangebot an Abenden und am Wochenende verbessern.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
6. **Postulat Nr. 2025.03 von Roland Müller** vom 24. März 2025 mit dem Titel: Informativ Tafel beim Berbiceweg.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
7. **Motion Nr. 2025.01 von Arnold Isliker** vom 29. September 2025 mit dem Titel: Zur Änderung der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) bzw.; zur Streichung von Art. 3a.
An der ER-Sitzung vom 11. Dezember 2025 als erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

Der Einwohnerratspräsident Roland Müller begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, Gemeinderäte, die Medien und Gäste zur 2. Einwohnerratssitzung des Jahres 2026.

Somit ist die Einwohnerratssitzung eröffnet.



Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, Frau Gemeindevorsitzende, geschätzte Medienleute, liebe Gäste

ich begrüße sie recht herzlich zu der zweiten Einwohnerratssitzung im Jahr 2026 Die Sitzung ist eröffnet.

Wir dürfen jemand Neues begrüßen. Er ist neu das jüngste Einwohnerratsmitglied, welches wir haben. Er folgt auf Daniel Meyer, welcher kürzertreten, respektive, welcher sich auf das Mandat im Kantonsrat fokussieren möchte. Er hat sich ja selbstständig gemacht und sich so einen langgehegten Wunsch ermöglicht. Wie ihr alle wisst, ist die Arbeit und das Milizsystem oder die politische Arbeit schwer unter einem Hut zu bringen.

Ich bin überzeugt, dass wir mit Dimitrij Ruh sicher einen guten Nachfolger haben. Er ist 22 jährig aus der Juso und SP Mitglied. Er ist im Vorstand von der SP Neuhausen und studiert Architektur an der ETH Zürich.

Sein Focus wird die ökologisch-nachhaltige und sozialverträgliche Entwicklung von Neuhausen sein. Er möchte sich ausserdem dafür engagieren, dass Menschen in Neuhausen politische Aktiver werden. Ausserdem möchte er die Politik verständlicher und zugänglicher machen und sie näher an die Bevölkerung bringen. Ich wünsche Dimitrij alles Gute. Ich freue mich auf konstruktive und innovative Ideen von ihm.



Traktandenliste

1. Wahl einer Stimmzählerin für das Wahlbüro der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall für den Rest der Amtsdauer 2026 - 2028.
2. Bericht und Antrag betreffend Planungskredit Arealentwicklung Kirchacker
3. Bericht und Antrag betreffend Neubau Doppelkindergarten Rhenania.
4. Bericht und Antrag betreffend Totalrevision der Verbandsordnung des Kläranlageverbandes Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall, Feuerthalen und Flurlingen sowie Beitritt zum «Abwasserverband Röti».
5. Bericht und Antrag betreffend Streichung Art. 3a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall.
6. Postulat Nr. 2026.02 von Oliver Fessler vom 3. Februar 2026 mit dem Titel: Einrichtung eines Hundeparks im Gebiet Langriet.
7. Postulat Nr. 2026.01 von Ernst Schläpfer vom 21. Januar 2026 mit dem Titel: Laufengasse. *(Noch nicht verhandlungsbereit)*



Traktandum 1

Wahl einer Stimmzählerin der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinflall für den Rest der Amtsdauer 2026 - 2028

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Bevor wir zur nächsten Wahl schreiten, erlaube ich mir, Ihnen kurz das weitere Vorgehen zu erläutern. Die SVP/EDU Fraktion hat Frau Sara Junker als Nachfolger von Claude Ragaz vorgeschlagen.

Art. 32 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung sieht vor, dass, wenn nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als zu vergebende Sitze vorhanden sind, die Kandidaten ohne Wahlgang für gewählt erklärt werden können.

Werden weitere Wahlvorschläge gemacht?
Das ist nicht der Fall.

Somit gilt Sara Junker als gewählt.

Ich gratuliere der Gewählten zu ihrer Wahl und wünsche ihr viel Freude in ihrem Amt.

Traktandum 2

Bericht und Antrag betreffend Planungskredit Arealentwicklung Kirchacker

Zuständiger GR: Felix Tenger/Christian Di Ronco
Kommissionspräsident: Herbert Hirsiger (SVP)

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem Kommissionspräsidenten ER Herbert Hirsiger.

ER Herbert Hirsiger (SVP) – als Kommissionspräsident

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, geehrte Frau Gemeinderätin und Gemeinderäte, geschätzte Frau Gemeindeschreiberin, geschätzte Presse und Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen

Einmal mehr wurde der Bericht und Antrag so eingereicht, dass eine Verzögerung Unmut beim Gemeinderat auslöst hätte. Es wurde eine Kommission verlangt und diese musste sehr kurzfristig tagen. Das Protokoll musste über das Wochenende erstellt werden, hierfür danke ich Barbara Zanetti ganz herzlich und entschuldige mich bei ihr für diesen eigentlich unnötigen Zeitdruck. Ebenso danke ich allen an der Kommission beteiligten Personen, seien diese vom Gemeinderat oder Einwohnerrat für die sehr angenehme Zusammenarbeit. Mein Bericht als Präsident wurde ohne Protokoll geschrieben und hat anschliessend auch aus diesem Grunde zu Nachfragen geführt. Es hat dazu geführt, dass ein Antrag der Kommission nicht in der Traktandenliste aufgeführt ist. Bestimmt wird sich aus der Kommission noch jemand melden, weil er mit dem Resultat nicht einverstanden ist.

Würde immer alles so schnell erledigt müssten wir uns wenig Sorgen um Termine machen ich sage nur Stichworte: Fristverlängerung, Kameraüberwachung oder Sicherheit für die Kindergärten.

Nun zum Bericht, der Grundtenor für den Bericht und Antrag ist von allen Fraktionen positiv. Niemand hat sich gegen das Budget ausgesprochen, wie auch der Betrag wurde nicht diskutiert. Die Frage, ob die Vorlage zum richtigen Zeitpunkt kommt wurde von niemanden kommentiert. Die Fragen zu den Perimetern wurden sauber erklärt wurden entsprechend akzeptiert. Die Ziele des GR wurden einzeln aufgerufen und kaum korrigiert, einzig das Ziel: Angemessene Unterbringung der Feuerwehr wurde korrigiert und das Ziel als «Beiträge zum Neuhauser Bevölkerungsschutz» umbenannt. Die fehlenden Schutzräume wurden in den Vordergrund gestellt.

Das Vorgehen wurde als sinnvoll angesehen und unterstützt.

Bei der Projektsteuerung und Begleitung hat Felix Tenger nochmals hervorgehoben, dass der ER immer vertreten ist in der einwohner-rätlichen Kommission und dass er gerne bereit ist nicht selber zu bestimmen, sondern den Vorschlag aus dem Einwohnerrat gerne berücksichtigen wird.

Der Antrag des GR wurde mit 7:0 angenommen.

Als weiterer Antrag wurde die Wahl eines Einwohnerrates oder einer Einwohnerrätin gestellt. Die Wahl dient als Empfehlung/Vorschlag an den GR für die vom Gemeinderat gebildete Kommission.

Da dieser Antrag im Bericht stand, gilt er als gestellt, leider wurde vergessen diesen in der Traktandenliste aufzuführen. Der Bericht wurde frühzeitig allen Beteiligten zugestellt und es gab keine Einwände.

Ich bitte den Einwohnerratspräsidenten die Wahl nach Abschluss des Traktandums durchzuführen. Besten Dank.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)



Ich habe nicht viel zu sagen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren: Ich habe bereits das letzte Mal mein Eintreten gemacht, und dies bereits sehr ausführlich. Ich wollte einfach der Kommission noch Danken für die speditive Arbeit. Wir konnten wirklich in einer grossen Tiefe jetzt entsprechende Artikel durch beraten. Ich denke es hat sich gelohnt und es hat Verständnis für das Vorgehen geschaffen.

Ich finde es richtig und wichtig, dass diese Vorlag wirklich mit einem breite Konsens jetzt auch abgenommen werden kann. Wie ich bereits beim letzten Mal gesagt habe, es ist eine sehr sehr wichtige Vorlage für unsere Gemeinde. Es ist zentral, dass wir hier einen tollen Platz bekommen. Es ist zentral, dass wir hier ein tolles Zentrum bekommen. Und die Ansprüche sind viele. Das haben wir auch in der Kommission bemerkt. Wir haben gesagt, wir werden nicht darum herum kommen, eine Priorisierung allenfalls vorzunehmen. Aber das werden wir dann in der gemeinderätlichen Kommission besprechen.

Selbstverständlich wir die Vorlage nochmal im Einwohnerrat kommen, wo auch der Einwohner-rat im Rahmen seine Kommissionstätigkeit sich noch darüber äussern kann.

Auch von meiner Seite noch besten Dank an die Kommission, dem Kommissionspräsidenten und dem Sekretariat.

ER Peter Fischli (FDP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat, geehrte Gäste und Medien

Danke Herr Kommissionspräsident für den Bericht. Ich erlaube mir von Seite 1 zu zitieren:

«Unmissverständlich wurden explizit auf zwei Bereiche hingewiesen, welche ohne Wenn und Aber umgesetzt werden müssen. Einerseits wurde ein Schutzraum für die Bevölkerung in den Vordergrund gestellt, welcher bei den bisherigen Bauten ungenügend berücksichtigt wurde.»

Es geht, sage und schreibe, um über 700 Schutzplätze, welche heute nur in diesem Beurteilungsgebiet fehlen, und die auch nicht irgendwo anders in der Gemeinde vorhanden sind.

Dieser zu projektierende Schutzraum wird entsprechend gross sein müssen, damit der bundesgesetzliche Auftrag gemäss Artikel 60 des Bevölkerungsschutz und Zivilschutzgesetzes, der so lautet: für jeden Einwohner und jede Einwohnerin ist ein Schutzplatz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts bereitzustellen, erfüllt wird.

Die Bemerkung im Kommissionsbericht auf Seite 2 – Schutzräume dürfen nicht als nebensächlich behandelt werden, sie sind eine Voraussetzung, geschaffen durch überregionale Vorgabe – ist insofern korrekt, dass ein Bundesgesetz tatsächlich eine überregionale Vorgabe ist. Ich glaub es gibt kaum etwas rechtlich Stärkeres und Verbindlicheres als eine Pflicht, welche aus einem Gesetzesartikel resultiert.

Der Text trägt meiner Meinung nach viel zu harmlos aus, dass dem Gesetz hier genüge getan werden muss. Die Handlungsfreiheit der Gemeinde ist meines Erachtens äusserst begrenzt.

Es kann einzig um die Projektierung und danach um die zügige Umsetzung gehen.

Mit Blick auf die Traktandenliste und das Beurteilungsgebiet Rhenania, sei hier zu Protokoll gegeben, dass auch dort ein nicht zu vernachlässigendes Schutzplatzdefizit existiert.

Selbstverständlich unterstützen wir die Gemeinde bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht, treten auf das Geschäft ein und befürworten die Vorlage mit Ergänzungen aus der Kommission und den diesbezüglich von mir gemachten Hinweis.

ER Dr. Jakob Walter (parteilos)

Meine Damen und Herren

Es ist eine gute und konstruktive Kommissionssitzung gewesen.

Ich danke auch allen, dem Kommissionspräsident, aber auch dem Gemeinderat, der Protokollführerin und allen Kommissionsmitgliedern.



Wir sind uns ja eigentlich einig gewesen, dass mit diesem Areal etwas geschehen muss und etwas Gutes entstehen kann.

Trotzdem war es nach meiner Auffassung gut, dass wir eine Kommissionssitzung abgehalten haben. Einerseits waren ein paar Sachen im Bericht und Antrag nicht oder nicht deutlich zu lesen; so z.B. die Priorisierung von der langen Wunschliste und dann sind seitens der Kommission noch ein paar Wünsche und Überlegungen eingebracht worden, z.B. die Schutzräume, von denen sie nun ausführlich gehört haben, aber auch so Sachen wie die Zu- und Wegfahrt der Feuerwehr oder der Tiefgarage.

Im Zusammenhang der Fahrzeuge haben wir auch über den Umgang mit dem Elterntaxi gesprochen. Wir hatten den Eindruck, dass der Gemeinderat die Beiträge der Kommission ernstgenommen und aufgenommen hat.

Wir freuen uns auf ein spannendes Projekt und werden dem Planungskredit zustimmen.

ER Matthias Koch (GLP)

Geschätzter Einwohnerratspräsident geschätzte Kollegen

Man fing klein an auf diesem Areal, dass wir heute Kirchacker nennen und für etwas mehr als eine halbe Million dann die Planung in Angriff nehmen wollen, damit wir dieses Areal entwickeln können, zu einem neuen Dorfplatz, einen Begegnungsort.

Die erste reale Entwicklung, die dem Ort den Namen gab, ich schaute in die Geschichtsbücher, startete am 14. August 1705. Damals erschien ein Ausschuss der Gemeinde vor dem Rat unter der Anführung des Untervogts Melchior Moser, der schilderte die knappen Kassen.

Denn schon damals, Zitat, „seufzten“ unsere Neuhauser, dass das Kirchen und Schulgut zu klein sei für einen Bau aus eigenen Mitteln.

Die Herren des Rats waren dem Ansinnen wohlgesinnt und steuerten neben einer Spende in unbekannter Höhe noch Naturalien wie Korn, Wein und Holz bei.

Heute sind wir nicht mehr auf diese Naturalien angewiesen, aber trotzdem besteht der Wunsch, dass Neuhausen nun ein schönes begegnungsfreundliches Zentrum erhält. Das Projekt Arealentwicklung sagt „Wir machen's möglich“; mit dem Kauf des Postgebäudes wurde bereits ein Meilenstein gesetzt. Das Areal ist bereit für die nächste Etappe: ein Dorfplatz, eine Piazza, ein Mittelpunkt mit dringend benötigten Räumlichkeiten für Verwaltung, Feuerwehr, Fachstellen, Raum für Begegnung für Jung und Alt, Wohnen im Alter und eben, wir haben es gehört, ausreichend Schutzräume. Unter dem Boden eine Tiefgarage, die nicht nur Raum für Autos, sondern wie schon erwähnt, auch Raum für die erforderlichen Schutzräume ermöglicht.

Die Liste der Anliegen und Wünsche ist lang. Wir werden im Laufe der Planung Prioritäten setzen müssen. Wir von der GLP/Mitte Fraktion begrüßen das Projekt nicht nur. Wir freuen uns diese Schritte zu gehen, sie mitzutragen und mitzugestalten und irgendwann mitzufeiern, wenn es dann zur Einweihung kommt.

Dazu noch etwas in eigener Sache: 1864 war der damalige Pfarrer Metzger noch strikter Gegner von solchen Einweihungsfeiern. Man hegte schwere Bedenken, schliesslich war es in der Gemeinde schon an gewöhnlichen Sonntagen schwer Polizei zu halten. Auch sah man eine Gefahr für die Jugend, die zu unnötigen Geldausgaben veranlasst würde. Der Regierungspräsident schlichtete und hielt in seiner Antwort dagegen, die Gemeindebehörden seien in dieser Angelegenheit kompetent. Das denke ich auch, und im Gegensatz zu meinem Vor-, Vor-, Vor-, Vorgänger freue ich mich auf die grosse Einweihung des alten neuen Kirchackerareals über dessen Planungskredit wir nun befinden.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Selbstverständlich will ich es nicht unterlassen die Meinung der SVP/EDU Fraktion mitzuteilen. Die SVP/EDU Fraktion unterstützt das Projekt einstimmig und freut sich ebenso darauf. Besten Dank.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren



Besten Dank für die wohlwollende Aufnahme. Das freut mich. Wir haben auch vom Matthias gehört, dass er sich bereits auf die Einweihung freut. Da ist er sicher nicht allein, aber das ist noch ein langer Weg. Das hat er auch gesehen. Es geht schon noch einige Jahre; es wird ungefähr 2032 sein, bis wir das feiern können. Aber vielen Dank für die historische Reminiscence welche wir dann in sicher dort auch noch in gebührender Form verwenden können. Dann zu den Schutzplätzen, das ist uns sehr wohl bekannt und wir haben es auch so abgebildet. Und selbstverständlich werden wir die gesetzlichen Erfordernisse erfüllen.

Zur Priorisierung, ich habe es bereits gesagt, dies ist uns bewusst, aber wir schauen aber jetzt erstmal im Rahmen der Testplanung was überhaupt alles Platz auf dem Areal. Anschliessend werden wir dann dementsprechend eine Priorisierung allenfalls diskutieren.

Aber besten Dank für die Wohlwollende Aufnahme und ich freue mich auf Einzelfragen und dann freue ich mich vor allem auch auf die Umsetzung, welche wirklich ein Meilenstein für unsere Gemeinde ist. Vielen Dank.

ER Arnold Isliker (SVP)

Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Gäste und Gemeinderäte und Gemeinderätin

Ich hätte noch eine Zusatzfrage. Der Gemeindepräsident hat es erwähnt, es ist noch ein langer Weg, bis dass die Einweihungsfeier stattfinden kann.

Wie wir alle wissen, ist das Problem mit der Feuerwehr und dem Feuerwehrmagazin ein brennendes Problem, welches dringend gelöst werden sollte.

Meine Frage ist, ob das allenfalls abgetrennt werden könnte, und bevorzugt behandelt werden könnte. Vielen Dank für die Antworten.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wir sprechen hier ja von einer Arealentwicklung und es wäre vorstellbar, dass man in gewissen Phasen arbeitet. Da jedoch das gesamte Areal betroffen ist, wäre es unschön, wenn wir hier einen einzelnen Bereich herausbrechen, dieser zur Abstimmung kommt und angenommen wird, während der Rest nicht angenommen wird – oder umgekehrt.

Ich schaue nun zum Feuerwehrreferenten: soviel ich weiss, würde es die nächsten 3-4 Jahre noch gehen. Wir wissen, dass es keine komfortable Situation ist, aber ich bin schon der Meinung, dass es mehr Sinn macht, alles aus einem Guss zu machen. Auch gegenüber dem Volk, sodass nicht der Eindruck einer Taktik entsteht: zuerst kommt die Feuerwehr, dann das Familienzentrum und dann die Parkplätze und dann zum Schluss das Verwaltungszentrum.

Sondern, dass man wirklich sieht, wie das alles hier her kommt, wie schaut es aus und vor allem auch, wie viel kostet es? Also von daher gesehen, kann ich das sicherlich mal mitnehmen und diskutieren, aber tendenziell würde ich eher eine Absage machen.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Besten Dank.

Ich möchte auch kurz ergänzen oder respektive bestätigen, was der Gemeindepräsident gesagt hat; es ist eine Gesamtarealentwicklung und die Feuerwehr ist ein Teil davon.

Das werden wir so weiterziehen und dies ist auch so beim Feuerwehrverband NOK bekannt. Es ist also auf allen Ebenen so abgesprochen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Seite 1 - 7

Keine Voten

ER Herbert Hirsiger verlässt den Tisch für ca. 10 Minuten.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 7 der Vorlage. Dieser lautet wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat den folgenden Antrag:

Für den Planungskredit «Arealentwicklung Kirchacker» wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 585'000.- bewilligt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 16 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

ER Arnold Isliker (SVP)

Wir haben noch einen Antrag, aus dem Kommissionsbericht.

ER Herbert Hirsiger kehrt an den Tisch zurück.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Dazu kommen wir nun.

Grundsätzlich bitte ich euch wenn ihr Anträge ans Büro habt, diese nicht im Kommissionsbericht zu stellen sondern möglichst schriftlich zu machen.

Wir können den Antrag gerne diskutieren, aber Meinung nach ist das eine gemeinderätliche Kommission und wie der Name schon sagt, entscheidet der Gemeinderat. Wir können es aber gerne machen. Gibt es aus der Kommission Vorschläge?

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Nein, wir haben den Antrag für eine Wahl gestellt, und ich habe dich persönlich auf der Zugfahrt von Winterthur nach Schaffhausen darüber informiert.

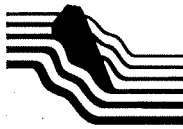
Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ja gut das kann sein, aber grundsätzlich sollten die Anträge schriftlich gestellt werden. Aber hast du, als Kommissionspräsident, jemand den du bevorzugst?

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Eigentlich sind die Fraktionen informiert und die Fraktionen sollen Vorschläge machen, und dann wird jemand gewählt.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)



Aber eben meiner Meinung nach, der Gemeindepräsident kann mich gerne korrigieren, ist das eine gemeinderätliche Kommission. Wir können also einen Vorschlag machen, aber im rechtlichen Sinne, haben wir keine Kompetenz, um zu entscheiden was der Gemeinderat zu machen hat. Das nehme ich jetzt mal an?

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Also ich bitte schon den Einwohnerratspräsident zuzuhören, was ich gesagt habe. Ich habe ganz klar darauf hingewiesen, dass der Gemeindepräsident uns aufgefordert hat jemanden zu wählen, zu bestimmen. Er wird dann prüfen, ob das korrekt ist, ob das geht. Selbstverständlich haben wir nicht das Recht zu bestimmen, wen sie abbestellen. Sie sind aber dankbar wenn ein Vorschlag von unserer Seite kommt, dann können sie davon ausgehen, dass der Gewählte dementsprechend von allen Seiten her unterstützt wird.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Vorschläge?

ER Arnold Isliker (SVP)

Die SVP schlägt Herbert Hirsiger vor.

ER Marco Torsello (FDP)

Die FDP schlägt Peter Fischli vor.

ER Christian Schenk (SP)

Die SP/Grüne Fraktion schlägt Urim Dakaj vor.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzter Präsident unsere Auswahl ist begrenzt.

Wenn das nun eine neue Usanz wird, schlagen wir gern Matthias Koch für dieses Amt vor.

Er wird dieses Amt sicher gern übernehmen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gut. Jetzt können wir ausmehren oder der Gemeindepräsident hat eine Auswahl.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Es ist so, und es wurde auch bereits mehrfach so gehandhabt, dass der Einwohnerrat angefragt wurde, ob er einen Vorschlag hat, so z.B. beim Planungskredit für das Projekt Gemeindewiesen. Ihr könnt auch einen 4er Vorschlag machen. Es wäre aber schon sinnvoll, wenn ihr euch auf einen Kandidaten einigt, wenn wir euch schon anfragen. Das nächste Mal, wenn das nun länger dauern sollte, werden wir einfach wieder jemanden bestimmen.

Wir dachten, wir machen euch einen Gefallen, dann könnt ihr jemanden auswählen, aber das nächste Mal werden wir einfach wieder jemanden bestimmen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ich schlage vor, dass jeder Kandidat 2 Sätze sagt und dann stimmen wir ab. Peter Fischli, können sie kurz in zwei Sätzen erklären, weshalb sie prädestiniert sind, Einsitz in der Kommission zu nehmen?

ER Peter Fischli (FDP)

Wie schon beim Objekt Gemeindewiesen, handelt es sich hier um ein Objekt, bei dem mehreren Millionen verbaut werden.

Eine Infrastruktur in einer Gemeinde die zweistellig ist, muss zwingend auch einen Nutzen in einer Situation, welche nicht Alltag ist, haben. Das ist genau die Komponente, die ich einbringen



will. Bei jedem öffentlichen Bau ist das zu prüfen und das ist lange kein Standard oder Automatismus in unserer Gemeinde. Ich werde hier genau den Daumen drauf haben. Auf dem Bevölkerungsschutz, sowohl Feuerwehr als Schutzplätze.

ER Fabian Bolli (GLP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Ich würde hier gerne einen Gegenvorschlag bezüglich das Vorgehen machen, das Wort von Peter Fischli in Ehren, aber bevor wir hier alle ein paar Sätze sagen oder hören, würde ich gerne bitten das etwas profaner handzuhaben.

Ich würde vorschlagen, dass sich die Kommissionsmitglieder, die sich bestimmt auf eine Person einigen könnten, dies unter sich ausmachen und das dann im Korrespondenzweg dem Einwohnerratspräsident oder Gemeindepräsidenten mitteilen. Das wäre etwas angemessener.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Ich bin bereit dies zu unterstützen. Weise aber daraufhin, dass wir über das Wochenende gearbeitet haben, Barbara und ich.

Das heisst, wir haben zeitnah gearbeitet. Wir können das untereinander absprechen, aber ich erwarte, dass der Vorschlag, bis aller spätestens am Montag, bei der Gemeinde auf dem Tisch liegt. Es kann nicht sein, dass man jetzt wieder Zeit dafür verstreichen lässt.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Stimmen wir über den Antrag von Fabian Bolli ab, dass die Auswahl delegiert wird.

Ich bitte anschliessend die Fraktionspräsidenten zeitnah die Namen zu schicken.

Antrag ER Fabian Bolli (GLP)

Fabian Bolli stellt den Antrag, dass die Kommission betreffend Planungskredit Arealentwicklung Kirchackerareal eine Einwohnerrätin oder einen Einwohnerrat für die gemeinderätliche Kommission dem Gemeinderat vorschlägt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 17 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3

Bericht und Antrag betreffend Neubau Doppelkindergarten Rhenania

Zuständige GR-Referent: Christian Di Ronco

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst der GR Christian Di Ronco.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte

Der Gemeinderat bittet sie heute um ein klares Ja zum Neubau des Doppelkindergartens Rhenania. Der Entscheid ist notwendig, gut vorbereitet und finanziell verantwortbar.

Der heutige Kindergarten stammt aus dem Jahr 1954 und erfüllt weder die baulichen noch die pädagogischen Anforderungen, die wir an einen zeitgemässen Unterricht stellen. Eine Sanierung ist ausgeschlossen. Gleichzeitig zeigt die Entwicklung der letzten Jahre deutlich, dass wir im Kindergartenbereich an die Grenzen der Flexibilität stossen. Die Heterogenität der Kinder nimmt zu, die Belastung der Lehrpersonen steigt, und mit 11 Kindergärten fehlt die Möglichkeit, künftig darauf zu reagieren. Darum muss dieser Standort als Doppelkindergarten erhalten werden und schafft die notwendige Flexibilität und Entlastung.

Die gemeinderätliche Kommission hat fünf Vorprojekte geprüft und sich einstimmig für das Projekt von Berger Hammann Architekten AG entschieden. Es überzeugt durch eine pädagogisch sinnvolle Raumaufteilung, eine nachhaltige Holzbauweise, die gute Einbettung in das naturnahe Grundstück und eine verlässliche Kostenschätzung. Während der Bauzeit können wir bestehende Provisorien auf dem Schulareal Gemeindewiesen nutzen – zusätzliche Kosten entstehen somit nicht.

Der beantragte Bruttokredit von 3.38 Millionen Franken ist realistisch kalkuliert und basiert auf der Kostenrechnung vom gerade fertig gewordenen Neubau des Doppelkindergarten Charlotenfels. Die Kosten wurden auch in der gemeinderätlichen Kommission eingehend diskutiert und für gut befunden. Wir rechnen mit einer Subvention des Kantons von rund 400'000 Franken.

Mit diesem Neubau investieren wir in die frühkindliche Bildung, in die Entlastung unserer Lehrpersonen und in die Attraktivität unserer Gemeinde. Der Standort Rhenania bleibt ein zentraler, gut erreichbarer und pädagogisch wertvoller Ort für die Kinder aus Brunnenwies, Schweizerhof und dem RhyTech-Areal.

Da der Kindergarten keinen Materialraum oder Archiv benötigt wurde auf den Einbau von Schutzräumen verzichtet. Die Kosten für 50 Schutzräume würden sich auf etwa Fr. 500'000.-- und stehen in keinem Kosten/Nutzenverhältnis. Nach der Übersichtskarte Schutzräume in der Gemeinde gibt es in diesem Gebiet genügend Schutzräume. Dies ist auch die Ansicht der Verantwortlichen des Kantons. Zudem sind die Bewohner (Brunnenwiesenstrasse) näher dem Areal Gemeindewiesen als dem Kindergarten Rhenania. Im neu geplanten Schulhaus sind dafür zusätzliche Schutzräume vorgesehen. Somit kann eine künftige Reserve in diesem Gebiet geschaffen werden.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat dem Kredit zuzustimmen und damit den Weg für eine moderne, zukunftsfähige Kindergarteninfrastruktur zu ebnen. Besten Dank.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich habe keine Wortmeldung zum Eintreten, aber zum einem freudlichen Versprecher: du hast von CHF 400.00 gesprochen.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Selbstverständlich sind es CHF 400'000.00, so steht es auch in der Vorlage.

ER Marco Torsello (FDP)

Geschätzter Gemeinderat, geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich war Mitglied der Kindergartenkommission und spreche mit Überzeugung für das vorliegende Projekt. Die Kommission durfte eine aussergewöhnlich breite und qualitativ hochstehende Auswahl an Projekten prüfen. Im Vergleich zu anderen Kommissionen, die Kindergartenbauten aus verschiedenen Architekturbüros beurteilt haben, wurden wir hier positiv überrascht: Die eingereichten Vorschläge waren grösstenteils durchdacht, funktional und pädagogisch sinnvoll ausgearbeitet. Sie zeigen, dass in unserer Region kompetente Planungsteams tätig sind, die moderne Anforderungen an frühkindliche Bildung ernst nehmen.

Im Gesamtergebnis setzte sich jedoch das vorliegende Projekt klar durch. Es erfüllt die von der Kommission sorgfältig geprüften Kriterien in besonderem Masse - eine zweckmässige Raumaufteilung, eine gute Einbettung in die Umgebung, nachhaltige Bauweise sowie eine solide Kostenschätzung. Gerade aus liberaler Sicht ist wichtig, dass öffentliche Investitionen nicht nur wünschbar, sondern auch nachvollziehbar und verantwortbar sind. Die Kosten von rund 3,38 Millionen Franken als Abstimmungsbetrag erscheinen im Verhältnis zum Nutzen angemessen und transparent dargestellt.

Der Neubau trägt zudem wesentlich dazu bei, die Bildungslandschaft unserer Gemeinde langfristig zu sichern. Die steigenden heterogenen Anforderungen im Kindergartenbereich verlangen flexible Strukturen und ausreichende Kapazitäten.

Auch architektonisch überzeugt das Projekt: Der eingeschossige Holzbau fügt sich gut in das Quartier ein, bietet klare Strukturen für den Unterricht und schafft zugleich eine warme, kindgerechte Atmosphäre. Nachhaltige Elemente wie Anschluss an Fernwärme, Photovoltaik und Minergie-P-Eco-Standard unterstreichen den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Der Doppelkindergarten Rhenania schafft moderne, funktionale Räume, in denen zeitgemässer Unterricht möglich ist und sich Kinder optimal entwickeln können.

Die FDP Neuhausen am Rheinfall empfiehlt daher, dem Antrag dieses Berichts zuzustimmen. Mit diesem Projekt investieren wir nicht nur in ein Gebäude, sondern in Chancen, Integration und Lebensqualität für kommende Generationen.

ER Deborah Isliker (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, Dame und Herren des Gemeinderates, geschätzte Kolleginnen, Kollegen und Gäste

Die SVP EDU Fraktion ist grundsätzlich für einen Neubau Kindergarten Rhenania, kann doch damit der Kreis für Neubauten geschlossen werden. Der momentane Zustand und das Alter rechtfertigen dieses Bauvorhaben.

Was uns jedoch zu denken gibt, ist die Tatsache, dass bei jedem Neubau zusätzliche Kosten über CHF 300 000.00 anfallen.

Angefangen hat es wie folgt

	Budget	Abrechnung	Differenz
Rheingold	CHF 2'361'008.05	1'558'887.10	- CHF 792'160.75
Waldpark	CHF 2'650'000.00	folgt	
Charlottenfels	CHF 2'950'000.00	folgt	
Rhenania	CHF 3'380'000.00		

Waren beim Waldpark noch Sanierungskosten für den Schiessstand und beim Charlottenfels terrainbedingte Mehrkosten mit einberechnet, fallen diese beim Rhenania vollends weg. Es ist



daher unverständlich, dass bei dieser Lage – ebenerdig – solche Mehrkosten gerechtfertigt sind. Baukostenteuerung notabene ist seit dem Jahre 2022 bis jetzt marginal.

Erfreulich ist, dass beim Kindergarten Rhenania das gleiche Architekturbüro beauftragt wird, welches den Wettbewerb gewonnen hat und beim Vorprojekt Charlottenfels sehr gute Arbeit geleistet hat. Viel an der Bausubstanz und bei der Ausführung ändert sich beim neuen Projekt nicht. Einziger Tölgel im Reinheft ist der Holzbauer, welcher sich nicht an die Vorgaben betreffend einheimischem Holz gehalten hat. An der Qualität und Ausführung gibt es nichts zu bemängeln. Kurze Transportwege wären gut für die Ökobilanz und durchwegs eine Überlegung wert.

Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass seit dem 1. Projekt und jetzt ein Kostensprung von über 1 Million Franken entstanden ist, da die Bedürfnisse für den Kindergarten gleich geblieben sind.

Nach dem der Gemeinderat unsere Bedenken sachlich beantwortet und leider noch keine Bauabrechnung für die Kindergärten Charlottenfels und Waldpark vorliegen, stimmen wir der Vorlage zu und verzichten auf einen Antrag für eine Kostenreduktion, in der Hoffnung, dass die Kosten geringer ausfallen.

ER Luka Vojinovic

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die Fraktion GLP/Die Mitte unterstützt die Vorlage zum Neubau des Doppelkindergartens Rhenania einstimmig.

Das heutige Gebäude ist über 70 Jahre alt und genügt den heutigen Anforderungen an einen Kindergarten nicht mehr. Ein Ersatzbau ist deshalb sinnvoll und schafft zeitgemässe Bedingungen für Kinder und Lehrpersonen.

Das geplante Projekt ist funktional gestaltet, nachhaltig gebaut und finanziell nachvollziehbar kalkuliert. Damit wird an diesem Standort eine gute und langfristige Lösung geschaffen.

Aus diesen Gründen unterstützt unsere Fraktion den beantragten Kredit.

Besten Dank.

ER Christian Schenk (SP)

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Medienschafter, geschätzte Gäste

Die SP/Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und Antrag sowie den Mitgliedern der gemeinderätlichen Kommission für ihre Mitwirkung.

Der Raumbedarf ist im Bericht und Antrag genügend ausgewiesen. Es ist sinnvoll, dass dieser Doppelkindergarten – auch wenn nicht unmittelbar 12 Kindergärten benötigt werden – erstellt wird, um a) zukünftige Schwankungen bei Schülerzahlen aufzufangen und b) die notwendige Flexibilität bei pädagogischen Veränderungen (Stichwort: Heterogenität der Kinder wie auf Seite 3 ausgeführt) zu bieten.

Das angewandte Verfahren entspricht demselben Vorgehen wie bei der Erstellung der Kindergärten Waldpark und Charlottenfels. Wiederum hat eine breit aufgestellte Kommission den Prozess begleitet, das nun vorliegende Projekt wurde vom selben Architektenbüro erarbeitet wie der Kindergarten Charlottenfels. Diese kürzlich eröffneten Kindergärten sind ein Erfolg - sowohl bei den Kindern wie auch bei den Lehrpersonen. Die Kinder dürfen dort in hochwertigen Gebäuden ihre ersten Schritte in der Schule machen; für die Lehrpersonen liegen praktische, alltagstaugliche Raumkonzepte vor.

Dieses Resultat scheint aus Sicht der SP/Grünen-Fraktion auch mit dem vorliegenden Bericht und Antrag sichergestellt werden zu können. Das Raumkonzept ist durchdacht und beinhaltet auch notwendige Therapieräume. Der Aussenbereich bildet mit den Sitzmauern und den Grünflächen eine gute Möglichkeit für Unterricht in der Natur. Das vorliegende Bauprojekt verzichtet auf unnötigen Schickschnack und entspricht dennoch bestens den Ansprüchen von Kindern und



Lehrpersonen. Der Baukredit erscheint daher auch in seiner Höhe als angemessen und notwendig. Die SP/Grüne-Fraktion wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen. Wünscht der GR Christian di Ronco das Wort zum Eintreten.

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Besten Dank für die wohlwollenden Voten. Ich möchte auf das eine oder andere doch noch eingehen. Es ist immer schwierig nackte Zahlen zu interpretieren, das verstehe ich. Wenn wir schauen, wurde der Waldpark Kindergarten mit CHF 2'650'000.00 bei einem Kostenindex von 101.2 gebaut. Der Kindergarten Rhenania ist mittlerweile bei einem Kostenindex von 115.8%. Also allein in der Teuerung haben wir eine riesige Steigerung. Wir haben beim Rhenania Kindergarten auch die Abbruchkosten drin, diese hatten wir beim Charlottenfels Kindergarten nicht. Das sind CHF 110'000.00. Das ist damals in eine separaten Investition gelaufen.

Wenn man den Charlottenfels mit dem Rhenania vergleicht: Der Charlottenfels ist in einem Fels gebaut, dieser musste mit Mehrkosten abgetragen werden, aber es ist ein doppelstöckiger Kindergarten. Der Rhenania ist ein Einzelstöcker mit einer doppelten Bodenplatte und einer doppelt so grossen Dachfläche. Also habe wir dort einfach mehr Volumen, welche mögliche Ersparnisse wieder aufgefressen hat.

Zudem haben wir im Rhenania-Gebiet einen Quartierplan, bei dem man nur 30 Grad Dächer machen kann, dies ist auch teurer als einfach nur ein Flachdach. So kommt der Preis zusammen. Wir haben ja mit dem Architekturbüro vor und zurück gerechnet und ich kann garantieren, dass wir auch hier wieder beim Abschluss gute Zahlen bieten möchten.

Beim Waldpark lag unsere Indexierung unter dem damaligen Stand des Rheingolds. Im Charlottenfels, wenn ich die letzten Zahlen anschau, würden wir auch einiges drunter liegen.

Es braucht einfach seine Zeit. Wir müssen das dem Regierungsrat vorlegen, damit er die Subventionen sprechen kann. Dann geht es in die GPK und dann kommt es wieder in den Einwohnerrat.

Ich denke in der jetzigen Zeit, können wir glücklich sein, wenn wir den Preis, welchen wir hier kalkuliert haben, auch so bekommen, denn wie wir wissen, wird der Eigenmietwert abgeschafft und alle machen noch die Dächer und Fassaden. Die Handwerker werden daher alle gut ausgelastet sein und wir hoffen, dass wir dann auch so durchkommen, wie wir es hier im Vorschlag drin haben. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Danke für das Votum. Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Seite 1 - 7

Keine Voten

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand das Wort zu den Beilagen? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 6-7 der Vorlage. Dieser lautet wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat den folgenden Antrag:



Für den Neubau des Doppelkindergartens Rhenania auf dem Grundstück GB Neuhausen am Rheinflall Nr. 1812 wird ein Bruttokredit von Fr. 3'380'000.- bewilligt. Dieser Kredit basiert auf dem Stand des Zürcher Indexes der Wohnbaupreise vom April 2025 mit 115.8 Punkten (Basis April 2020 mit 100 Punkten) und wird entsprechend der Teuerung angepasst. Dieser Kreditbetrag ist über 25 Jahre linear abzuschreiben.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 11 lit. g der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinflall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem obligatorischen Referendum.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 17 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4

Bericht und Antrag betreffend Totalrevision der Verbandsordnung des Kläranlageverbandes Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall, Feuerthalen und Flurlingen sowie Beitritt zum «Abwasserverband Röti».

Zuständige GR-Präsident: Felix Tenger (FDP)

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst GR-Präsident Felix Tenger.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Die Vorlage ist ein Meilenstein im Bereich des Abfallwesens und des Abwasserwesens und ist ein langgehegter Wunsch der Gemeinde Neuhausen diese beiden Bereiche aufzunehmen. Der Klärverband hat eine lange Geschichte, ich möchte hier nicht darauf eingehen, diese ist aber in der Vorlage geschildert.

Wir hatten gute und schlechte Zeiten, dies wissen auch alle, vor allem diejenigen welche schon länger dabei sind. Aber die schlechten Zeiten sind definitiv vorbei, diese gehören der Vergangenheit an, darum ist jetzt auch ein guter Zeitpunkt um mehr Gemeinden dazu zuzunehmen. Es gibt ja seitens Kanton in diesem Bereich verschiedene Strategien, so dass es sicher Sinn macht, dass man das ganze Abfallwesen zusammennimmt.

Darum ist dieser Vorschlag nicht nur für die Gemeinde Neuhausen wichtig, sondern auch für alle vier Verbandsgemeinden: die Stadt Schaffhausen, Neuhausen, Feuerthalen und Flurlingen. Zudem wird das Abfallrecycling RESU (Recycling und Entsorgung Schaffhausen und Umgebung) in weiteren 17 Gemeinden integral an die Gemeindeversammlung gebracht. Dies in der klaren Hoffnung und auch Meinung, dass man so das Abfallwesen im Kanton stärken kann.

Der Abwasserverband Röti wird parallel ebenfalls, neben der Klärabwasserverbandsgemeinden, in weiteren 7 Gemeinden zur Abstimmung gebracht. Hier sind noch weitere Kantone involviert. Es ist unter anderem mit Büsingen auch Deutschland involviert.

Also gibt es hier verschiedene Staatsverträge, das ist also ein relativ komplexer Prozess. Wir waren nun zwei ein halb Jahre dran, darum ist es auch eine relativ komplexe Vorlage und ich habe seitens aller Parteien den Wunsch einer Kommission vernommen, welchen ich dementsprechend auch unterstütze.

So können wir die Vorlage in der Kommission anschauen. Darum möchte ich hier auch verzichten noch 20 oder 30 Folien zu präsentieren.

In einer Kommission können wir die Sachen vertieft diskutieren, und in einer Kommission könnte auch der Verbandssekretär Marijo Caleta dabei sein, welcher die Verbandsordnungen selbst erarbeitet hat, und daher kompetent dazu Auskunft geben kann.

Somit will ich gar nicht länger werden, ich finde den Wunsch nach einer Kommission sinnvoll, und dass wir darin die Vorlage besprechen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die SVP/EDU Fraktion schlägt eine siebenner Kommission vor, wie vom Gemeindepräsident bereits erläutert. Wir von unserer Seite würden Oliver Fessel und meine Wenigkeit vorschlagen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Voten zum Wunsch einer Kommission? Das scheint nicht dabei der Fall zu sein, dann stimmen wir darüber ab.

Antrag Arnold Isliker

Der Antrag zur Gründung einer 7er Kommission wurde gestellt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 17 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Ich schlage vor wir machen eine kurze Pause, sodass wie a) die Namen der Kommissionsmitglieder definieren und b) von der Kommission Planungskredit Kirchackerareal ein Namen für die gemeinderätliche Kommission erhalten.

Die SP/Grüne Fraktion stellt den Kommissionspräsidenten.

15 Minuten Pause

Die Mitglieder der Kommission sind:

Ernst Schläpfer (SP) (Kommissionspräsident)
Roland Müller (Grüne)
Jakob Walter (parteilos)
Nina Schärer (FDP)
Oliver Fessler (SVP)
Arnold Isliker (SVP)
Matthias Koch (GLP)

Das Geschäft ist erledigt.



Traktandum 5

Bericht und Antrag betreffend Streichung Art. 3a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Neuhausen voranzubringen, verlangt mutige Schritte zu wagen und zugleich die berechtigten Sorgen der eigenen Bevölkerung ernst zu nehmen. Eine Balance, welche die Herausforderung meistert, ohne den Zusammenhang zu gefährden. Sie haben sicher schon erkannt, wir sind beim Traktandum 5 „Bericht und Antrag betreffend Streichung des Artikels 3 A der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall“. Das Wort zum Eintreten hat Gemeindepräsident Felix Tenger:

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Auf die Vorgeschichte muss ich nicht mehr näher eingehen, die ist allgemein bekannt und wurde von den meisten hier im Rat miterlebt und mitgestaltet.

Die Motion von Arnold Isliker wurde von diesem Rat erheblich erklärt. Es wurde ebenfalls der Wunsch nach einem runden Tisch geäußert. Dies hat der Gemeinderat gemacht. Der runde Tisch hat stattgefunden, und zwar mit je 2 Vertretern aus jeder Fraktion, welche im Einwohnerrat vertreten sind.

An diesem runden Tisch gab es Konsens, dass in einer Varianten-Abstimmung die abschliessende Meinung des Volkes abgeholt werden sollte. Zu diesem Vorgehen – nicht zum Inhalt der Abstimmung, welche ja noch nicht bekannt war – haben sich alle Teilnehmer positiv, resp. nicht negativ geäußert, auch wenn Teilnehmer diese Zusage offensichtlich später wieder zurückgezogen haben. Das will ich auch nicht weiter kommentieren, aber politische Arbeit ist schon verlässlicher und ehrlicher gewesen.

Nun, der Gemeinderat hat eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet, welche ihnen nun hier vorliegt: Streichung Art. 3a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall, und zwar in einer Variantenabstimmung:

Wir haben einerseits Variante 1 mit der Streichung von Art. 3 a, hier handelt es sich um die Motion von Arnold Isliker. Aber wir haben auch noch eine Variante 2, welche eine Änderung von Art. 3 a wie folgt beinhaltet:

Änderung von Art. 3a

«Die Gemeinde betreibt auf dem Grundstück GB Nr. 513 (Burgunwiese) und dem nördlich angrenzenden Grundstück GB Nr. 2967 (Burgunvilla) – einen öffentlichen Park für Erholung, Spiel und als Begegnungsort mit einer Fläche von mindestens 9'500 m² sowie – ein Pflegezentrum.»

Welche Wahl hat jetzt nun das Volk:

Es kann einerseits den Verfassungsartikel streichen, wie es von der Motion von Arnold Isliker gefordert wurde. Dann wird der Gemeinderat Projekte in den Bereichen Grünraum (Park), Parkierung, Alterswohnungen prüfen. Ein Pflegezentrum auf der Burgunwiese wäre nicht vorgesehen, dieses würde – wie von der öffentlich-rechtlichen Anstalt Alterszentrum und Spitex Neuhausen am Rheinfall (ASN) geplant – auf dem SIG-Areal realisiert.

Das Volk kann die Änderung von Art. 3a annehmen:

Dann ist unseres Erachtens die Standortfrage des Pflegezentrums geklärt. Dann wird relativ schnell eine Baurechtsvorlage für den Bau des Pflegezentrums auf der Burgunwiese kommen und selbstverständlich würde dann auch eine Parkvorlage kommen. Es ist ja nicht so, dass die ganze Burgunwiese überbaut werden soll, sondern ein kleiner Teilbereich von 2-3000 m² und es ist vorgesehen, dass bei dieser Variante 2 noch ein Park von 9000m² vorhanden wäre.



Also das Volk kann beide Varianten annehmen oder ablehnen. Wenn das Volk beide ablehnt, dann würde das Pflegezentrum auf dem SIG Areal realisiert werden, das ist ebenfalls klar. Der Gemeinderat würde bei einem doppeltem nein nicht sofort eine neue Vorlage für den Park bringen, da der Gemeinderat klar der Meinung ist, dass die Ablehnung des Parkes sicher im Zusammenhang mit der Parkiersituation gestanden ist. Wir würden das sicher mit dem Kanton zusammen koordinieren.

Wir werden schauen wie es mit dem Parkierungssystem, welches nun implementiert wird, bis am Ende vom Jahr funktioniert und dann in Koordination mit all denen Massnahmen eine neue Vorlage für den Park bringen. Allerdings in redimensionierter Form.

Es würde geprüft werden, ob der Spielplatz, welcher ja wirklich sehr gut angenommen wird, wie wir heute wieder sehr gut sehen konnten, erhalten werden kann und somit die Vorlage reduziert werden könnte.

Also das Volk kann sagen, wir wollen den Verfassungsartikel streichen, das Volk kann aber auch sagen, wir wollen das Pflegezentrum auf der Burgunwiese.

Das Volk kann auch sagen wir wollen beides nicht, wir wollen einen Park mit 12'000 m², wie es momentan in der Verfassung steht, mit den entsprechenden Konsequenzen, welche ich ihnen geschildert habe. Also da haben wir wirklich eine breite Auswahl.

Ich finde, und dies ist auch die Meinung des Gemeinderates, dass wir hier Demokratie pur haben, indem man wirklich dem Volk die entsprechend Varianten zur Auswahl vorlegt. Mit dem kann der Wille des Volkes abgeholt werden.

Was empfiehlt nun der Gemeinderat?

Sie haben die Würdigung gesehen. Die Würdigung und die Stellungnahme unsererseits im Bericht und Antrag, hält vor allem unser Anliegen fest, dass die Frage zur Burgunwiese abschliessend beantwortet werden kann. Wir sind nun seit 5 Jahre am Diskutieren, es liegen alle noch im Schützengraben und bis jetzt ist noch niemand rausgekommen, um sich über den Schützengraben hinweg, die Hand zu reichen. Definitiv nicht.

Wir haben nun aber wirklich lange genug darüber diskutiert und abgestimmt. Wir möchten eigentlich nicht mehr Ressourcen auf diese Standortfrage verwenden, sondern wirklich einen abschliessenden Entscheid.

Ich habe es vorher aufgezählt, worüber das Volk entscheiden kann. Sie haben entsprechend die Wahl.

Sie müssen sicherlich auch eine Interessenabwägung machen, dies hat auch der Gemeinderat gemacht und es ist auch ein Fakt, dass wenn das Pflegezentrum auf der Burgunwiese stehen wird, wir 20% günstiger bauen können, respektive die Pflegegarage 20% günstiger sein wird. Das muss schlussendlich auch das Volk gewichten, ob ihnen die + 20%, welche sie für 2'500 m² mehr Park zahlen müssten, Wert sind.

Die Interessenabwägung, welche der Gemeinderat hier vorgenommen hat, besteht darin, dass 9'500 m² Park auf der Burgunwiese eine tolle Sache wären – Grünraum ist wichtig, dies haben wir die letzten 5 Jahre auch gezeigt, hier sind wir auch intensiv dran.

9'500 m² Park sind immer noch ein sehr sehr grosser Park, welcher entstehen würde, einerseits für die Bewohnerschaft des Pflegeheims aber auch für die Nachbarschaft.

Wir reden hier von sehr viel Grünraum und darum empfiehlt der Gemeinderat Variante 2 zur Zustimmung, also Park und Pflegezentrum.

Aber schlussendlich ist das natürlich die Entscheidung des Volkes. Der Gemeinderat kann schlussendlich auch mit der anderen Variante leben. Für uns ist es wichtig, dass wir die Diskussion endlich abschliessen können. Dass wir einen Entscheid haben, mit dem wir sagen können, jetzt geht es weiter.

Es gibt noch viele andere Sachen, welche wir realisieren möchten oder welche wir jetzt am Realisieren sind.

Auch heute haben wir 2 grosse Projekte, eines davon kleiner – der Kindergarten, ist auch gross aber läuft unter kleineres Projekt – verabschiedet. Wir möchten uns mit Hochdruck diesen zuwenden. Wie kann nun abstimmt werden?

Folgende Anträge liegen ihnen vor:

Der Antrag 1 handelt von der Variantenabstimmung. Diese könne sie nun als Einwohnerräte annehmen oder ablehnen. Wenn sie die Varianten-Abstimmung ablehnen, dann kommen nur Antrag 2 und 5 zur Abstimmung in den Einwohnerrat. Also Antrag 2 ist die Motion von Arnold Isliker und 5 wäre dann die Abstimmung über die Abschreibung der Motion.

Wenn sie nun den Antrag 2 annehmen kommt es zur Volksabstimmung zur Abschaffung von Artikel 3 a. Wenn sie den Antrag 2 ablehnen ist das Geschäft erledigt und es gibt keine Volksabstimmung.

Wenn sie Antrag 1 annehmen, also der Variantenabstimmung zustimmen, dann kommt es zur Variantenabstimmung, dies bedeutet: sie stimmen über Antrag 2, 3, 4 und 5 ab.

Mit dem Antrag 1 beschliessen sie also, ob sie eine Variantenabstimmung möchten oder keine Varianten Abstimmung möchten.

Wenn sie jetzt sagen, ja, wir möchten eine Variantenabstimmung, dann stimmen sie anschliessend über die verschiedenen Varianten ab.

Das Kleingedruckte ist lediglich eine Haltungsanweisung, mit der wir es ihnen erleichtern wollten, im Hinblick darauf, welche Aussage anschliessend gegenüber dem Volk gemacht werden wird.

Die Anträge werden dem Volk dann vorgelegt, aber natürlich ohne den kleinen Anträgen. Auf den Stimmzetteln wird dann lediglich stehen Variante 1 - Streichung des Artikel 3 a, oder Variante 2 Änderung von Artikel 3 a mit dem entsprechenden Wortlaut, welchen wir ebenfalls aufgeführt haben.

Aber sie können entscheiden, ob sie nachher, sollten sie einer Variantenabstimmung zugestimmt haben, die Anträge zur Zustimmung oder Ablehnung dem Volk unterbreiten möchten. Dies wird dann so dementsprechend im Abstimmungsbüchlein aufgeführt.

Darunter gibt es dann auch noch eine Stichfrage. Wenn sie diese Woche die Bargeld-Initiative ausgefüllt haben, welche diese Woche zur Abstimmung kommt, dann kennen sie das Prinzip. Sollten beide Varianten angenommen werden, welche Variante bevorzugt wird.

Der Gemeinderat zieht hier Variante 2 vor. Das von meiner Seite zur Durchführung der Anträge, aber selbstverständlich kann man dies, wenn wir so weit sind, nochmal diskutieren. Danke vielmals.

ER Arnold Isliker (SVP)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen und Gäste

Ich danke Felix Tenger für seine sehr ausführliche Präsentation und auch für die Antwort auf meine Motion. Es werden sich ein paar Sachen wiederholen, aber das ist nicht so tragisch, ich mach's nicht so lang.

Nun wie gesagt die Motion wurde am 11 Dezember 2025 an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat hat seine Aufgaben gemacht und legt uns nun 2 Varianten mit Stichfrage vor, welche eine ausgewogene Sache ist.

Es lässt dem Stimmbürger alle Varianten offen, für was er sich schliesslich entscheidet, und das ist das, was ich immer wieder betone: die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen entscheiden, damit nicht der Eindruck entsteht, der Gemeinderat und der Einwohnerrat würden ohnehin machen, was sie wollen, wie es kürzlich in einem Leserbrief vorgeworfen wurde.

Betreffend Streichung des Artikel 3a, würde diese Variante angenommen, wäre wieder alles offen.

Ich habe mich an der letzten Sitzung geäussert, dass ich auch mit abgeänderter Form leben kann. Aber machen wir jetzt vorwärts und verzichten auf eine Kommission, welche das ganze



Geschäft wieder verzögert und wir auch dieses Jahr keine Lösung präsentieren könnten. Es braucht ja noch 2 Abstimmungen, welche in trockenen Tücher gebracht werden müssen. Was mir sauer aufstösst, ist der Meinungsjournalismus in der SN von heute morgen. Dieser kann bei der kommenden Abstimmung kundgetan werden. Der Einwohnerrat muss nicht belehrt werden.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wir sind beim Eintreten.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich rede zum Eintreten.

Der Einwohnerrat muss nicht belehrt werden, was er zu tun hat. Deshalb ist Informationsjournalismus gefragt. Betreffend Schandfleck Chübelimoserhaus, kann ich von mir behaupten, dass ich es war, der es fertiggebracht hat die beiden Parteien an einen Tisch zu bringen – dies hat viel Überzeugungskraft gekostet. Dasselbe wünsche ich mir von allen anderen auch, so dass der zweite Schandfleck ebenso verschwindet. Wir stimmen den Anträgen zu.

Die Frage bleibt noch offen wer pflegt den Park, wieviel Personal braucht es zusätzlich und wie viel kostet die Variante nur Park. Besten Dank.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Mitglieder des Einwohnerrates, sehr geehrte Medien und Gäste

Die SP/Grünen-Fraktion hat intensiv über dieses Traktandum diskutiert. Wir halten fest: Wir akzeptieren demokratische Entscheide wie die Überweisung dieser Motion. Wir finden aber dennoch nach wie vor, dass dieser Weg der falsche ist, und bringen das auch hier nochmals zum Ausdruck, da das offensichtlich nicht überall angekommen ist. Wir hätten uns eine Initiative gewünscht, damit ersichtlich ist, dass das Anliegen tatsächlich aus der Bevölkerung und nicht von einigen wenigen Einwohnerrätinnen oder Gemeinderäten kommt.

Wie oft auch immer einigen Personen es wiederholen, die Idee eines Parkes wurde nicht abgelehnt, sondern einzig der Parkvorschlag. Der Verfassungsartikel, über den wir heute diskutieren, ist von der Bevölkerung in einer Volksabstimmung deutlich angenommen worden und immer noch gültig. Es ist aus unserer Sicht deshalb nicht angebracht, wenn einige hier im Saal wiederholt so tun, als ob dieser demokratische Entscheid nicht gültig und nicht zu respektieren sei.

Zur Verzögerung nur soviel: Wir haben einen Vorschlag für den Standort des Alterszentrums auf dem Tisch. Wir könnten also jetzt sofort loslegen. Wenn etwas die Umsetzung verzögert, dann ist es diese Diskussion hier, die jetzt hier nochmals angerissen werden. Diese Abstimmung wird zu einem ungewissen Ergebnis führen und droht damit, alles zu verzögern.

Nun aber zum aktuellen Vorschlag. Entsprechend den vorherigen Ausführung ist klar, dass der Vorschlag des Gemeinderates nicht das Szenario ist, das wir uns wünschen. Und ich muss hier doch noch ein, zwei Worte zum runden Tisch verlieren, um dieser Geschichtsklitterung entgegenzutreten. Wir sind erstaunt, dass der Gemeinderat bei dieser Ausgangslage, die wir am runden Tisch auch so wiedergegeben haben, auf die Idee kommt, dass ein Konsens über das eine Variantenabstimmung besteht.

Zumal wir auch klar darauf hingewiesen haben, dass wir gar nicht sagen können, ob wir einer Variantenabstimmung zustimmen. Denn die Varianten konnte oder wollte der Gemeinderat weder vor noch am runden Tisch auf den Tisch legen. Wir haben nur vage Andeutungen gehört, was denkbar wäre. Dass wir auf dieser unklaren Basis einen Konsens über eine konkrete Abstimmungsvariante finden sollten, ist an sich schon etwas absurd.

Umso mehr waren wir überrascht, dass der Gemeinderat den herbeigeträumten Konsens vom runden Tisch als angebliches gut in den Parteien abgestütztes Ergebnis kommuniziert hat.



Nochmals in aller Deutlichkeit: Aus unserer Sicht gab es keinen Konsens über das weitere Vorgehen – und wir hatten aufgrund der mangelnden Informationen durch den Gemeinderat auch nie den Eindruck, dass dieses Hinterzimmer-Gespräch dazu führen sollte oder könnte.

Und hier noch ein Hinweis an den Gemeinderat: Wenn niemand dagegen ist, heisst es Konsent. Nur wenn alle dafür sind, ist es Konsens. Das ist ein kleiner, aber wesentlicher Unterschied.

Wenn der Gemeinderat nun sagt, er wolle eine abschliessende Abstimmung, dann streut er der Bevölkerung gleich nochmals absichtlich Sand in die Augen. Es wird weitere Abstimmungen geben – auch wenn der Gemeinderat – so wie es im Moment scheint – kein Fan von Volksabstimmungen ist – oder zumindest nicht von den Resultaten.

Nun liegt der Vorschlag des Gemeinderates vor: Und leider haben sich auch unsere Befürchtungen, die wir schon am runden Tisch geäussert hatten, zur Variante mit dem Alterszentrum bewahrheitet. Es ist aus unserer Sicht alles andere als klar, über was die Bevölkerung am Ende abstimmen wird. Dass wir darüber abstimmen sollen, ob der Artikel in der Verfassung bleibt soll oder nicht, das wäre noch verständlich.

Bei der Variante mit Alterszentrum hört das Verständnis dann aber schnell auf. Wie nimmt der Gemeinderat die widersprüchlichen Signale zum Park auf, die aus der Bevölkerung gekommen sind? Der Gemeinderat hält fest: Zum einen hätten die Neuhauser und Neuhauserinnen sich einen grösseren Mehrwert gewünscht, zum anderen hätte es günstiger werden sollen? Was sind die Überlegungen des Gemeinderates dazu, diese unterschiedlichen Positionen zu vereinen? Oder pickt er sich einfach diejenige Position der beiden heraus, die ihm besser gefällt?

Was ist mit den Nutzungskonflikt zwischen Park und Alterszentrum? Ergibt ein grosser Park Sinn, wenn er wegen des Ruhebedürfnisses des Alterszentrums nur eingeschränkt genutzt werden kann? Werden die Jugendlichen auch am Abend Platz im Park haben oder soll der Platz leer bleiben? Zur Erinnerung: Ihre Parteimitglieder hatten sich bereits in früheren Kommission zur Burgunwiese dahingehend geäussert, dass etwa Randgruppen aus dem Park verbannt werden und Jugendliche am besten nach Schaffhausen gehen sollten.

Wohin kommt das betreute Wohnen? Weshalb ist das plötzlich nicht mehr drin? Und wurden die früheren Standortvorschläge nochmals angeschaut, wenn sich die Voraussetzungen mit dem Wegfall des betreuten Wohnens geändert haben?

Wie stellt die Gemeinde sicher, dass es ein Gastro-Angebot geben wird, das sich am Park orientiert? Welche Mitsprache-Möglichkeiten hat die Gemeinde dabei?

Wieso sind 150 Parkplätze notwendig für 130 Bewohner und Bewohnerinnen? Hat der Gemeinderat das geplante Parkdeck, das der Kanton errichten will, überhaupt miteinbezogen? Will das Alterszentrum diese Plätze oder ist es doch eher die Gemeinde? Wer entscheidet das – und wer bezahlt und bewirtschaftet die Tiefgarage? Es ist spannend, dass der Gemeinderat hier so konkret über die Bedürfnisse der Neuhauserinnen und Neuhauser Bescheid weiss, aber nicht, ob etwa ein Gastro-Angebot beim Park gewünscht wird oder nicht.

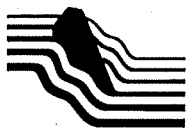
Wieso braucht es keine Alterswohnungen mehr? Was hat sich gegenüber der Vorlage von 2022 verändert, dass die Planung angepasst wurde?

Das sind viele Fragen, die aus unserer Sicht unbedingt vorab vertiefter Abklärungen bedürfen. Diese Fragen werden alle nicht angesprochen oder beantwortet. Das zeigt, mit welcher Hektik und Hast dieser unausgegorene Vorschlag erarbeitet wurde. Das ist bei einem Projekt dieser Grössenordnung – mit Verlaub – doch etwas nachlässig.

Neben den vielen offenen Fragen zum Projekt ist es uns aber genauso wichtig, dass wir nochmals darüber diskutieren, ob es wirklich sinnvoll ist, eine an sich einfache Abstimmung mit dieser weiteren Variante des Gemeinderates so zu verkomplizieren.

Der Gemeinderat sagt, es würden sich drei Fragen stellen. Bei der Abstimmung werden allerdings nur zwei Fragen gestellt: Ob die Bevölkerung das beinahe identische Projekt von 2022 doch noch annehmen will oder ob keine Nutzung für die Burgunwiese vorgesehen ist. Ob man einen Park will, wird hingegen als einziges nicht gefragt. Wer also weiterhin einen Park will, der kann diesem nicht zustimmen, sondern muss stattdessen den beiden Wunschvorschlägen des Gemeinderates eine Absage erteilen, um seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Es ist verwirrend, wenn man Ja sagen kann, wenn man nochmals auf Feld null zurück möchte. Und dass man Ja sagen kann, wenn man ein Alterszentrum möchte. Aber dass man zweimal



nein sagen muss, wenn man den Burgunpark möchte. Der Gemeinderat rechnet sich vielleicht Vorteile durch diese Fragestellung aus. Nämlich indem in der Abstimmungsbotschaft nichts zu einem Park stehen wird und die Neuhauserinnen und Neuhauser den Eindruck erhalten könnten, dass dieser gar nicht mehr zur Debatte steht.

Das ist ungeschickt und aus unserer Sicht nicht ganz redlich. Die Neuhauserinnen und Neuhauser haben Anrecht darauf, mitzubestimmen, wie sich die Gemeinde entwickeln soll. Dazu braucht es transparente Prozesse und ein ehrliches Interesse, die Stimmung der Bevölkerung abzuholen und ernst zu nehmen. Mit dieser Variantenabstimmung wird das krass infrage gestellt.

Angesichts der Grösse des Projektes, der vielen unklaren Fragen und der unklaren Meinung der Bevölkerung ist es aus unserer Sicht wichtig, hier besonnen und fair vorzugehen. Und das bedeutet, diese Hau-Ruck-Übung in ein seriöses Fahrwasser zu bringen.

Wir schlagen darum die Bildung einer 7er-Kommission vor, die sich mit dieser Vorlage befasst. Dies inhaltlich, aber auch hinsichtlich der Abstimmungsfrage, die der Bevölkerung unterbreitet werden soll.

ER Marco Torsello (FDP)

Geschätzter Gemeinderat, geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Was sich derzeit rund um die Burgunwiese abspielt, ist für viele Menschen in unserer Gemeinde emotional belastend. Dieses Areal ist nicht einfach eine freie Fläche – es ist ein Ort mit Geschichte, Erwartungen und unterschiedlichen Visionen für die Zukunft. Genau deshalb braucht es jetzt Klarheit, Fairness und vor allem eine Lösung, die von der Bevölkerung getragen wird. Unbestritten ist: Der heutige Zustand kann nicht im Interesse der Neuhauserinnen und Neuhauser sein. Das Areal muss sinnvoll, generationenübergreifend und zukunftsorientiert entwickelt werden. Ob als Park, als Pflegezentrum mit Park oder in einer anderen Form – entscheidend ist, dass eine tragfähige und breit abgestützte Lösung entsteht.

Die Ausgangslage ist komplex. Die Bevölkerung hat 2022 eine Initiative für einen grossen Park angenommen, gleichzeitig aber 2025 die konkrete Kreditvorlage für den Burgunpark abgelehnt. Daraus lässt sich kein eindeutiger Auftrag ableiten. Selbst der Gemeinderat hält fest, dass aus dieser Ablehnung nicht klar hervorgeht, welche Nutzung tatsächlich gewünscht wird.

Genau deshalb ist die Motion zur Streichung von Artikel 3a entstanden – um die Situation wieder ergebnisoffen zu machen.

Am runden Tisch mit allen Parteien zeigte sich deutlich, dass es keinen inhaltlichen Konsens gibt. Der einzige gemeinsame Nenner war der Wunsch, dass die Bevölkerung selbst abschliessend entscheiden soll in einer Variantenabstimmung.

Die FDP Neuhausen am Rheinfall unterstützt daher klar das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen mit einer Variantenabstimmung. Sie ermöglicht es der Bevölkerung, differenziert zu entscheiden: Keine Vorgaben, Park allein oder Park mit Pflegezentrum. Damit erhält das Volk die Verantwortung zurück, die es in unserer Demokratie tragen soll.

Besonders wichtig ist uns der Faktor Zeit. Eine neue Kommission würde den Prozess unnötig verlängern, ohne neue Erkenntnisse zu liefern. Angesichts des bestehenden Konsenses über das Vorgehen halten wir eine Kommissionsbildung für weder zweckmässig noch verantwortbar. Zudem möchten wir hervorheben, dass die Verzögerungen durch eine Kommissionsbildung ein grosses Risiko mit sich bringt und ein demokratischer Entscheid über den Standort des Pflegezentrums verunmöglicht wird.

Wir hoffen deshalb, dass die Anträge des Gemeinderates heute breit unterstützt werden und der Weg frei wird für eine faire, differenzierte und zielgerichtete Volksentscheidung. Es wäre wirklich bedauerlich, wenn Neuhausen diese Chance verpassen würde.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende



Ich bin mir gerade nicht ganz so sicher ob diese Schritte nun so schwer waren, weil das Thema nicht grad leicht ist oder leichter weil wir es uns langsam gewohnt sind.

Gerne gebe ich Ihnen die Haltung der GLP-Die-Mitte-Fraktion bekannt.

Es gibt unterdessen aus unserer Sicht kaum mehr ein eindeutiges «richtig» oder «falsch» in dieser Angelegenheit. Es gibt sehr viele gewichtige Argumente für die eine - aber auch die andere Seite. Ohne diese nun in ungreifbarer Länge auszuführen, kürze ich direkt ab zu den Konsequenzen, die wir für uns geschlossen haben.

Vorbemerkt sei aus GLP-Sicht nur noch, dass wir uns im Vorgang in aller Ausführlichkeit mit der schwierigen Ausgangslage an sich und einigen beteiligten Personen ausgetauscht haben. Der Dritte Weg, den einer Annäherung und Einigung, war zu unserem grossen Bedauern unerreichbar.

Das ist im Übrigen auch der Grund, warum wir eine Kommission ablehnten. Es bleibt uns, den gerade mal zwei offenkundigen Vertretern dieses dritten Wegs zuletzt nur, dies zu akzeptieren. Nun, die Ergebnisse des runden Tisches haben die Ausgangslage verändert. Auch wenn ich persönlich nachher gegeben Falls noch einige Ausführungen dazu machen werde.

Eine Variantenabstimmung erlaubt es der Bevölkerung sich zu allen opportunen Varianten zu äussern. Auch wenn es natürlich auch gute Gründe gibt, gegen eine erneute Abstimmung, überwiegen für uns geschlossen die Gründe dafür. Die gegensätzlichen Resultate der beiden bisherigen Abstimmungen sind nicht eindeutig interpretierbar. Da eine gemeinsame inhaltliche Lösung aus der Politik nicht erwünscht ist, soll das Volk also direkt bestimmen, was denn nun mit der Burgunwiese geschehen soll.

Die Variante 2 Alterszentrum und Park bleibt dabei die präferierte Variante unserer Fraktion. Dafür sprechen für uns inhaltliche Gründe, insbesondere die Kosten zulasten der Heimbewohnerinnen und -bewohner sowie die Lage. Allerdings: Beide Lösungsvarianten für das neue Alterszentrum sind aus unserer Sicht gut. Die Entscheidung für die eine oder die andere Variante steht für uns also nicht im Zentrum, sondern die Entscheidung an sich. Die Entscheidung an sich ist der Gewinn in der Abstimmung, ungeachtet dessen Ausgang. Vielleicht schafft sie die Klarheit, welche die Politik offensichtlich benötigt, um weiterzumachen. Die obsiegende Variante muss dann noch inhaltlich ausgearbeitet werden und wir hoffen, dass die beiden Lager dann eine gemeinsame Lösung anstreben. Aber es ist richtig, sie ist nicht abschliessend. Weiter kann allerdings positiv beurteilt werden, dass sich das Volk so zumindest indirekt auch zur Lösung auf dem SIG Areal äussern respektive darüber abstimmen kann.

In diesem Sinne befürwortet die GLP-Die-Mitte-Fraktion eine zeitnahe Durchführung der Variantenabstimmung und hofft auf ein baldiges Ende der Streitereien auf Kosten der Allgemeinheit zu diesem, entschuldigen sie bitte, unsäglichen Politikum.

Positiv herauszuhalten, gilt es nochmals, dass in allen Ausgängen dieser Abstimmung eine Lösung für das Alterszentrum besteht, und dass jede Entscheidung ob für Park und Alterszentrum oder nur Park auf der Burgunwiese aus unserer mindestens mehrheitlichen Sicht als «gut» bezeichnet werden kann.

ER Arnold Isliker (SVP)

Nur ganz kurz noch zur Ergänzung zum Votum der SP wegen den Parkplätzen:

wenn die 150 Parkplätze realisiert werden, dann ist das nicht nur für die Einwohner oder Bewohner oder Besucher des Alterszentrums. In der Gemeinde fehlen für die Gewerbetreibenden, das Trottentheater, das Theater Central Parkplätze und wenn wir nicht zur Schlafgemeinde werden wollen, müssen wir diese realisieren. Dies zur Kenntnisnahme.

Ich danke allen für die guten Voten, das wird auch der Präsident noch sagen. Ich mache es ganz kurz: die SVP/EDU Fraktion wird allen Anträgen zustimmen. Besten Dank.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Geschätzte Anwesende

Mein Votum ist an die Presse gerichtet, der Einwohnerrat kennt meine Einstellung.



In einer Verfassung steht, wie das Zusammenleben funktionieren soll, also die wichtigsten Grundlagen. Der Betrieb eines Parkes hat dort nichts, absolut nichts zu suchen. Die Zustimmung zur Streichung des Artikels aus der Verfassung hat für mich keinen Zusammenhang, bezüglich pro oder kontra Park. Ich wehre mich für eine sinnvolle Verfassung. Sollte der Artikel bestehen bleiben ist nicht auszuschliessen, dass weitere unnötige Themen in die Verfassung geschrieben werden. Ich bin aus diesen Gründen für die Streichung aus der Verfassung. Besten Dank.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Präsident, meine Damen und Herren

Gerne äussere ich mich jetzt zu den Voten der Fraktionen. Zur SVP, was kostet so ein Park: diese Frage können wir hier, heute Abend, nicht beantworten. Diese wurde aber bei der Vorlage bereits beantwortet, welche wir vorgelegt hatten, aber es ist auch nicht relevant diese Frage heute Abend zu diskutieren, weil es ja um eine Grundsatzabstimmung geht.

Es geht hier nicht um Details.

Dann komm ich gleich zur SP: wir sprechen von einer Grundsatzabstimmung, da können sie noch so viele Details aufführen, die noch nicht geregelt sind.

Selbstverständlich sind diese noch nicht geregelt, wir machen ja nicht eine komplette Vorlage, welche dann nochmals dem Volk vorgelegt werden muss. Sondern es geht hier um eine Grundsatzabstimmung: das Volk kann sich äussern, ob es das Pflegezentrum auf der Burgunwiese möchte oder auf dem SIG Areal.

Zudem ist es despektierlich, von Hinterzimmergesprächen zu sprechen, das finde ich wirklich völlig daneben. Dies war eine Kommissionssitzung und diese finden halt in der Kommission statt. Da wird politisch gearbeitet, es ist politische Arbeit, hier werden Lösungen gesucht.

Aber es ist natürlich besser, respektive, wie ich es jetzt gehört habe, poltert man lieber, als dass man an gemeinsamen Lösungen arbeitet. Es hat überhaupt nichts mit Hinterzimmergesprächen zu tun, also überhaupt nichts. Und ob wir Fan von Resultaten seien oder kein Fan von Resultaten, hier muss ich sagen, selbstverständlich akzeptieren wir alle Resultate. Das ist überhaupt kein Thema, das finde ich genauso despektierlich, dies dem Gemeinderat vorzuwerfen. Es wurde nach dem Mehrwert und dem Günstigeren gefragt, aber genau mit der Variante 2 haben wir einen Mehrwert und das Günstigere.

Dadurch hat die SP indirekt für die Variante 2 noch Werbung gemacht. Wir werden einen grossen Mehrwert haben, einen Park mit 9'500 m2 und einen Parkplatz. Wir hätten ein günstigeres Parkareal, als wir es vorher hatten, und auch ein günstigeres Pflegezentrum, als wenn es auf dem SIG Areal zu stehen kommen würde. Also von dem her gesehen, hätten wir hier den Fünfer und das Weggli, sollte man sich hier für die Variante 2 entscheiden.

Ich vermisse wirklich das ehrliche Interesse der SP an einer Konsenslösung.

Aber eigentlich soll das Volk entscheiden, wie auch die FDP gesagt hat. Wir sind alles gute Demokraten und werden die Entscheidung dann auch entsprechend akzeptieren.

Und wie es die GLP gesagt hat, es gibt auf jeden Fall eine gute Lösung, dies habe ich auch gesagt.

Der Gemeinderat kann auch mit einem Pflegezentrum auf dem SIG Areal leben, das ist kein Thema.

Dies wäre ebenso eine gute Lösung, es wäre einfach teuer. Hier geht es um eine Interessenabwägung, welche wir vorgenommen haben, zugunsten der ärmeren Bevölkerung, welche sich dies vielleicht nicht unbedingt leisten kann oder die eher auf das Geld achten muss. Hier zählen eventuell die 20%, welche man mehr oder weniger bezahlen muss.

Aber wie gesagt, wir können hier noch lange diskutieren.

Ich finde es richtig und wichtig, dass das Volk jetzt entscheiden kann und entscheiden soll, was es will. Wir können hier noch lange debattieren; schlussendlich soll das Volk entscheiden und wie sie alle wissen: das Volk hat immer recht.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)



Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.
Wir stimmen über die Einsetzung einer Kommission ab.

Antrag Thomas Leuzinger (SP)

Der Antrag zur Gründung einer 7er Kommission wurde gestellt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 11 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht zugestimmt.

Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Liebe Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen

Es ist aus meiner Sicht befremdlich, dass sich der Einwohnerrat nicht eingehend mit den Vorschlägen des Gemeinderates befassen will, sondern das Geschäft einfach durchwinken will. Vielleicht als Entgegnung Es war keine Kommission. Wir haben in einem Zimmer in einer unklaren Zusammensetzung, mit unklaren Befugnissen an diesen runden Tisch über die Burgunwiese diskutiert, aber es war keine Kommission. Nur das dies klar ist und zum Grundsatzentscheid: Ja es ist ein Grundsatzentscheid, darum ist es sehr erstaunlich, dass es in diesem Grundsatzentscheid plötzlich 150 Parkplätze als Zahl ziemlich konkret auftauchen, während man zum Beispiel zum Gastroangebot oder so nichts liest. Wieso war es möglich hier so konkret zu werden, und bei anderen Sachen, die sich der Gemeinderat vielleicht nicht so intensiv wünscht, nicht?

Also ich glaube ja es ist vielleicht ein Grundsatzentscheid man hat gewisse Sachen vor gespürt der einem gepasst haben und andere hat man weggelassen. Und das ist vielleicht auch etwas das wir kritisieren.

Wenn es ihnen bürgerliche Politikerinnen und Politikern nicht wert ist doch Bevölkerung eine verständliche Abstimmung vorzulegen können wir sind nicht davon abhalten

Auch wenn sie nur eine Handvoll Menschen sind, die hier den politischen Prozess ganz für sich allein beanspruchen.

Wir können nur an sie appellieren, hier einen seriösen Prozess durchzuführen. Wir können an sie appellieren, offene Fragen zu klären. Und wir können an sie appellieren, nicht einfach ihren «Grind dureztrucke», sondern der Neuhauser Bevölkerung eine echte Chance auf Mitbestimmung zu geben, indem sie eine klare und verständliche Abstimmung vorbereiten.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ordnungsantrag

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

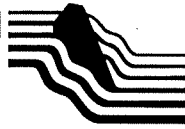
Es wurde ein Ordnungsantrag gestellt. Dieser lautet?

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich stelle den Antrag die Diskussion jetzt abzubrechen und auf die Details einzugehen und der Vorlage, welche uns vorliegt zuzustimmen. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es Meldungen zum Ordnungsantrag? Es ist eigentlich mehr ein Ordnungsruf als ein Ordnungsantrag.



ER Arnold Isliker (SVP)

Ich habe den Antrag gestellt jetzt abzurechnen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wir stimmen ab, dass wir direkt zur Detailberatung gehen, obwohl das relativ schwierig ist, aber ok.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Aber Anträge kann man nicht mehr stellen?

ER Arnold Isliker (SVP)

Das ist im Kantonsrat auch so: wenn ein Ordnungsantrag auf Abbruch gestellt wird, muss darüber abgestimmt werden.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Aber Anträge können immer noch gestellt werden.

Ordnungsantrag Arnold Isliker (SVP)

Der Antrag wurde gestellt, die Diskussion abzurechnen und zur sofortigen Detailberatung überzugehen.

Wer dafür ist, dass man direkt zur Detailberatung kommt, bezeuge dies durch Handerheben.

Wer dagegen ist dagegen?

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 9 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltung zugestimmt.

Anträge können natürlich immer noch gestellt werden. Wir kommen zu Seite 1 der Vorlage.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Ich stelle den Antrag auf Rückweisung an den Gemeinderat.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Versteh ich das richtig, dass die Vorlage zurück an Gemeinderat geht? Das ist der Antrag? Ok. Thomas Leuzinger stellt den Antrag, dass die Vorlage zurück an den Gemeinderat geht. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall wir kommen zur Abstimmung.

Antrag Thomas Leuzinger (SP)

Der Antrag auf Rückweisung an den Gemeinderat ist gestellt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 11 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung nicht zugestimmt.

Wir kommen zur Detailberatung.

Seite 2 – 5

Keine Voten

Seite 6

ER Dr. Jakob Walter (parteilos)

Meine Damen und Herren

Es ist mir klar, dass die Abstimmungssprache gewisse rechtlichen Anfordrungen genügen muss. Auf der anderen Seite sollte sie verständlich sein. Ich habe die vorgeschlagenen Abstimmungsfragen dreimal durchgelesen und hatte dann den Eindruck, „Ja jetzt verstehe ich etwas“. Ich gehe nicht davon aus, dass ich zu den Dümmlsten 0,1% von Neuhausen gehöre, also frage ich mich, ob es möglich wäre die Abstimmungssprache in einem Rahmen, welcher immer noch legal ist, umzuschreiben, dass es bei einem einmaligen Lesen für die Mehrheit der Bevölkerung verständlich ist. Ich glaube, dass es dies momentan nicht ist.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wir haben dies mit dem AJG angeschaut: es ist relativ kompliziert geworden, da stimme ich Jakob Walter zu. Wir werden dies nochmals mit dem AJG anschauen, ob es allenfalls eine einfachere Variante gibt, welche wird im Stimmvolk vorlegen können. Aber wir gehen davon aus, dass der Einwohnerrat, die Fragen so versteht. Aber wir werden schauen, dass wir eine einfachere Version hervorbringen, welche wir auf die Stimmzettel drucken können.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Danke für das Votum. Es ist einfach ein bisschen schwierig, über etwas abzustimmen was nachher verändert wird.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Also im Grundsatz bleibt es natürlich, das ist überhaupt kein Thema. Es wird allenfalls vereinfacht, im Grundsatz bleibt es selbstverständlich.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende

Da hätte ich vielleicht an diesem Punkt eine Anregung, welche mir spontan grad in den Sinn gekommen ist, wie das Problem allenfalls lösbar wäre. Man könnte prüfen, ob man die Varianten mit einen Art Titel versehen könnte. Die Variante 1 ist ja im Prinzip eine offene Verwendung, die Variante 2 wäre Park und Alterszentrum und die letzte wäre dann nur Burgunpark. Damit ich das deponiert habe, danke.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es weitere Voten? Ist das als Antrag zu verstehen, Fabian Bolli?

ER Fabian Bolli (GLP)

Nein eben nicht, weil so der juristische Text nicht geändert werden muss.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Also grundsätzlich denke ich, dass die Juristerei ja schon oft so ist, dass ein anderes gesetztes Komma oder Wort den Inhalt verändern kann. Der eine Jurist sieht das vielleicht gleich, der andere nicht.

Es scheint mir notwendig, dass das, worüber wir abstimmen, auch so im Text steht.

Ich finde es rechtlich bisschen schwierig, wenn wir einen Text nachher ändern, da er dann ja nicht wortgleich ist zudem, was wir hier jetzt abstimmen.

**ER Arnold Isliker (SVP)**

Es gibt ja im Abstimmungsbüchlein die normale Vorlage, welche erläutert wird. Hinten im Büchlein ist die leicht verständliche Sprache angeheftet, das auch jedermann das verstehen sollte. Das sollte genügen, um die Abstimmung vors Volk zu bringen. Besten Dank.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Meine Damen und Herren

Ich denke es führt zu nichts, wenn wir hier jetzt Juristerei betreiben. Ich habe dies mit dem AJG abgeklärt, aber ich schau es gerne nochmals mit dem AJG an.

Die Frage ist, wie detailliert man es dann aufführt oder ob es reicht sie in der Botschaft aufzuführen. Wir werden dies mit dem AJG nochmal anschauen. Aber selbstverständlich werden wir das hieb- und stichfest machen und wir werden sicherlich schauen, dass das AJG mit dem Abstimmungsgesetz dementsprechend einverstanden ist.

ER Dr. Jakob Walter (parteilos)

Ich glaube unterdessen auch, dass man die Abstimmungsfrage nicht ändern kann.

Aber es wäre ja eine Möglichkeit, wie Fabian Bolli vorgeschlagen hat, Titel vorzuschlagen.

Man könnte abklären ob es erlaubt ist auf dem Stimmzettel die Abstimmungsfrage und darunter in Klammer eine kleine Beschreibung aufzuführen.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Danke für den Hinweis. Wir werden dies aufnehmen, auch wenn ich nicht glaube, dass wir das machen können. Ich habe es mir notiert und werde es mit dem AJG anschauen.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es weitere Voten? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat den folgenden Antrag:

Antrag 1

Der Einwohnerrat beschliesst zum weiteren Vorgehen bezüglich Art. 3a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) eine Variantenabstimmung durchzuführen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 12 zu 5 Stimmen zugestimmt.

Über die nachfolgenden Ziffern 3 und 4 ist nur zu befinden, wenn der Variantenabstimmung in Ziffer 1 zugestimmt wird.

GR Präsident Felix Tenger (FDP)

Darf ich schnell etwas zum Vorgehen sagen:

die Frage ist hier, ob ihr die Variante 1 zu Ablehnung vorlegen möchtet oder zur Zustimmung vorlegen möchtet. Vielleicht mehrst du diese Einfachheit halber aus, und je nachdem, was mehr Stimmen erhält, kommt ins Abstimmungsbüchlein. Dann ist es wahrscheinlich für alle verständlich.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Das können wir so machen.

Die Variante 1 lautet: Streichung von Art. 3a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000).

Antrag 2

Die Variante 1 wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung unterbreitet.

Wer ist dafür, dass Variante 1 den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung unterbreitet wird, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 12 zu 5 Stimmen zugestimmt.

Hier geht es ja mehr darum, ob im Büchlein dann auf Ablehnung oder Annahme steht.

Dann kommen wir zu 3. Variante 2. Diese lautet wie folgt:

Änderung von Art. 3a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) mit folgendem Wortlaut: «Die Gemeinde betreibt auf dem Grundstück GB Nr. 513 (Burgunwiese) und dem nördlich angrenzenden Grundstück GB Nr. 2967 (Burgunvilla)

- einen öffentlichen Park für Erholung, Spiel und als Begegnungsort mit einer Fläche von mindestens 9'500 m² sowie
- über die öffentlich-rechtliche Anstalt Alterszentrum und Spitex Neuhausen am Rheinfall ein Pflegezentrum.

Antrag 3

Die Variante 2 wird den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Zustimmung unterbreitet.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 12 zu 5 Stimmen zugestimmt.

Antrag 4

Für den Fall, dass sowohl Variante 1 als auch Variante 2 angenommen werden, empfiehlt der Einwohnerrat Variante 2 in der Stichfrage den Vorzug zu geben.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 12 zu 5 Stimmen zugestimmt.

Antrag 5

Die Motion 2025.01 von Arnold Isliker vom 29. September 2025 wird als erledigt abgeschrieben.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Sie haben dem Antrag mit 17 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 6

Postulat Nr. 2026.02 von Oliver Fessler vom 3. Februar 2026 mit dem Titel: Einrichtung eines Hundeparks im Gebiet Langriet.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Ich frage ER Oliver Fessler an, ob er zur schriftlichen Begründung des Postulates Ergänzungen anbringen möchten.

ER Oliver Fessler (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, geschätzte Vertreter der Presse sowie liebe Einwohner

Nach der Rückmeldung des Gemeinderats werde ich mein Postulat in eine Interpellation umwandeln und bitte um Diskussion im Einwohnerrat.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Der Gemeinderat hat sich schon letztes Jahr mit diesem Thema beschäftigt, und zwar ist von Yvonne Engel eine Petition betreffend eines velo- und scooterfreien Fussweges am Rhein sowie die Einrichtung eines Hundeplatzes in Neuhausen eingereicht worden. Hier haben wir das Problem, dass die Velofahrer sich nicht an das Verbot halten und eben die Einrichtung eines Hundeplatzes.

Wir haben dies im Gemeinderat diskutiert, und wir möchten an dieser Stelle auch festhalten, welchen wertvollen Beitrag die Hunde als Begleiter und Teil unserer Gesellschaft leisten, wie aber alle anderen Haustiere natürlich auch – seien dies Katzen, Kanarienvögel, Rösser und so weiter und sofort.

Wir haben relativ viele Haustiere in unserer Gemeinde und auch relativ viele Hunde.

Es sind ungefähr 400 bis 440 Hunde, falls alle eine Hundemarke zahlen, aber ich gehe davon aus, das ist der grösste Teil.

Was wir aber auch viel in unserer Gemeinde haben, sind Freiflächen. Wenn wir unsere Gemeinde anschauen, dann sehen wir, dass 50% unserer Gemeindefläche Wald ist.

Das würde man nicht als erstes denken, wenn man an den Industrieort denkt, aber 50% unserer Gemeindefläche ist Wald. Wir haben auch sehr viele Freiflächen ausserhalb des Waldes, siehe nur den Waldfussballplatz, das Langriet im Chrooneriet, der Galgenbuck, Hohfluh, Neuwies. Es gibt relativ viele Freiflächen, diese werden auch intensiv genutzt. Ich bin oft mit dem Bike unterwegs, dort sehe, dass es z.B. beim Waldfussballplatz immer wieder viele Hündeler hat, welche dort mit ihren Hunden sind; auf der Bank hocken und dann dort ihre Hunde freilaufen lassen.

Nachdem wir wirklich sehr viel Freiraum haben, sehen wir keine Notwendigkeit ein speziell ausgewiesenen Hundeplatz einzurichten.

Weil es unserer Ansicht auch nicht vertretbar wäre, wenn wir hier ein einzelnes Haustier herausheben und für diese Tierart etwas parat stellen und für die anderen nicht. Dies wäre eine Benachteiligung der übrigen oder eine Bevorteilung der Hundehalter.

Es gibt verschiedene Hundeübungsplätze, auch im Kanton, obwohl du Oliver jetzt verneinst, zwischen Lohn und Stetten gibt es einen, dieser heisst Hundeübungsplatz Stühli, dann gibts noch einen in Schaffhausen.

Selbstverständlich steht es den Hundehaltern auch frei, wenn sie auch so etwas in der Gemeinde Neuhausen machen möchten, dass sie sich an die Gemeinde wenden und für ein Stück Pachtland im Langriet anfragen. Dies würden wir wohlwollend aufnehmen, und hier würde dann diesem Verein überlassen werden einen Hundepark einzurichten.

Wir sehen es nicht als primäre Aufgabe der Gemeinde einen Hundepark einzurichten und dann vor allem auch zu betreiben.

Das ist die Meinung vom Gemeinderat, wir haben dies bereits letztes Jahr so kundgetan und wir bleiben bei dieser Meinung, dass wir das nicht einrichten möchten. Danke vielmals.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Ich gehöre zu denjenigen die Kinder und Enkelkinder haben, ich gehöre aber auch zu denen die Hunde zu Besuch haben.

Ich habe absolutes Verständnis, dass hier ein gewisser Platz gesucht wird.

Ich habe ein sehr interessantes Beispiel in Wallisellen gesehen. Dort hat man bei einer Parkanlage auf der einen Seite eine Tafel hingestellt mit Hundeverbot, und auf der anderen Seite ist es erlaubt.

Bitte verstehen sie mich richtig, es geht nicht darum jetzt hunderte Tafeln aufzustellen, aber es gibt ein paar ganz markante Punkte, wo wir unter Umständen mit dem etwas behilflich sein können, so dass Kinder nicht ständig über Hundekot laufen müssen. Leider gibt es ein Haufen, welche keine Sorge dafür tragen. Die Leidtragenden sind die Hunde, welche nichts dafür können, sondern die Besitzer. Aber vielleicht wäre das eine Lösungsmöglichkeit. Aber nur an 3-4 spezifischen Orten, wo ist zu klagen führt, und zum besseren Verständnis untereinander beitragen könnte. Danke.

Einwohnervizepräsidentin Nina Schärer (FDP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Dame und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die FDP-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Anliegen des Postulanten – oder neu des Interpellanten –, die Eigenverantwortung der Hundehalterinnen und Hundehalter zu stärken und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu reduzieren. Es ist unbestritten, dass liegen gelassene Hinterlassenschaften, Lärmbelastungen sowie freilaufende Hunde regelmässig zu Ärger und Konflikten führen.

Wir bezweifeln jedoch, dass die Einrichtung eines Hundeparks diese Probleme grundsätzlich löst. Ein Hundepark kann ein Angebot für verantwortungsvolle Halterinnen und Halter sein, er ist aber kein verlässliches Mittel gegen Regelverstösse im übrigen Gemeindegebiet.

Doch den grösseren Kritikpunkt sehen wir wo anders: Das vorliegende Postulat verlangt, dass der Gemeinderat Voraussetzungen, Standorte auf gemeindeeigenen Flächen, Investitions- und Unterhaltskosten sowie Nutzungsregeln und organisatorische Massnahmen für einen geordneten Betrieb prüft und dazu Bericht erstattet.

In unseren Augen ist ein Hundepark jedoch in erster Linie eine private Angelegenheit der Nutzerinnen und Nutzer, zum Beispiel getragen durch einen noch zu gründenden Interessenverein. Die öffentliche Hand soll nicht für Planung, Finanzierung, Betrieb und Unterhalt aufkommen und auch nicht in die Rolle einer Betreiberin gedrängt werden. Gleiches gilt übrigens für die verschiedensten sportlichen Nutzungen im Gebiet Langriet.

Wir stehen der Idee eines privat organisierten Hundeparks, beispielsweise im Gebiet Langriet, offen gegenüber. Und wie wir gerade gehört haben, ist die Gemeinde bereit, Unterstützung zu bieten, insbesondere indem sie prüft, ob eine geeignete Fläche grundsätzlich vorhanden ist und wie die Bewilligungslage aussieht. Die Ausarbeitung von Finanzierung, Unterhalt, Betriebskonzept und Regeln ist jedoch Aufgabe der Privaten, die das Angebot nutzen.

Aus diesen Gründen wird die FDP-Fraktion das Postulat nicht unterstützen, bleibt aber offen für eine privat initiierte und finanzierte Lösung.

Vielen Dank.

ER Urim Dakaj (SP)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste

Oliver Fessler regt in seinem Postulat jetzt, neu Interpellation, an, ob im Gebiet Langriet ein provisorisches Hunde WC eingerichtet werden könnte. Auf dem ersten Blick mag das Anliegen



verständlich erscheinen. Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass der tatsächliche Bedarf sehr unsicher ist. Es ist zwar richtig, dass viele Hundehalterinnen und Hundehalter mit ihren Hunden im Gebiet Langriet spazieren gehen, insbesondere in der Nähe des Fussballplatzes, die Erfahrung aus anderen Gemeinden zeigt jedoch, dass sogenannte Hunde-WCs aber kaum genutzt werden.

Insbesondere wenn eine grosse naturnahe Fläche in der unmittelbaren Umgebung vorhanden ist und das ist ja im Gebiet Langriet genauso. Das hat auch seinen natürlichen Grund: Hunde meiden Orte, die von anderen Hunden schon markiert wurden. Wenn ein solcher Ort dann auch noch weit vom Ortszentrum entfernt ist, wird dieser erfahrungsgemäss kaum genutzt, weil niemand das Hunde WC aufsucht, wenn der Hund rasch Gassi gehen muss.

Damit würde eine Anlage geschaffen werden, die wohl von einer sehr kleinen und klar abgegrenzten Nutzergruppe aufgesucht werden würde.

Gleichzeitig entstehen Investitions- und Unterhaltungskosten, die letztlich von der gesamten Bevölkerung getragen werden müssten.

Auch das Argument eines Pilotprojekts überzeugt uns nicht. Ein Pilotprojekt verursacht ebenfalls Kosten, Aufwand und administrative Arbeit, ohne die Garantie, dass es später tatsächlich gebraucht wird. Und warum etwas prüfen, wenn wir jetzt schon wissen, dass es nicht genutzt wird. Zusammengefasst sehen wir keinen nachgewiesenen Bedarf, da es eine sehr enge Nutzergruppe betrifft sowie genügend Ausweichplätze in unmittelbarer Nähe gibt.

ER Arnold Isliker (SVP)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Das Problem liegt nicht bei den Hunden, sondern beim kleinen Teil von Hundehaltern, welche sich nicht an die Gepflogenheiten und Ordnungen halten und ihren Dreck überall liegen lassen. Ich spreche da vor allem von den Wiesen und Äcker, welche die Bauern bearbeiten müssen. Wenn der Hundekot in Umlauf kommt, wenn geheuet wird oder das Gras in die Silos kommt, dann entstehen durch die Lagerung Bakterien, welche für die Tiere zum Teil tödlich sein können. Am letzten Wochenende, so habe ich heute gelesen, hat in der Gemeinde Obereggeri ein Erlass stattgefunden, welcher besagt, dass die Hunde nicht mehr auf Äcker und Wiesen spazieren gehen dürfen. Ich will nicht, dass es so weit in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall kommt. Der Vorschlag von Oliver Fessler ist nicht abzuwenden oder von der Hand zu weisen. Oliver Fessler hat teilweise recht und hat den Nerv getroffen. Es müsste vielmehr an die Hundehalter und Hundehalterinnen appelliert werden.

Im Gemeindeblatt sollte darauf hingewiesen werden. Auch wenn andere Einwohner sehen, dass die Hundehalter sich nicht an die Regeln halten, sollten sie darauf aufmerksam machen. Gehen sie einmal den kleinen Weg von der Eisenbahnlinie zum Bahnhof Rheinfall bis zur Rheinfallstrasse entlang: was dort alles rumliegt an Hundekot, das geht auf keine Kuhhaut. Besten Dank.

ER Deborah Isliker (SVP)

Ich möchte mich kurz halten: ich habe einen Hund und ich muss ehrlich sagen, ich ärgere mich auch, wenn man sich nicht an die Regeln hält. Das fängt beim Aufheben des Hundekots an, ich denke, wir haben sicher genügend Kübel und Möglichkeiten dies zu erledigen, und geht weiter bei der obligatorischen Leinenpflicht, welche wir im Wald haben. Ich würde es natürlich schon begrüßen, wenn hier wieder mal, wie vorgeschlagen ein Aufruf an die Hundehalter stattfinden würde. Ich weiss nicht, wie sehr diese an die Gepflogenheiten gewöhnt sind, die hier bestehen – einen obligatorischen Hundekurs gibt es ja seit Jahren nicht mehr.

Ich bin schon auch der Meinung es liegt in der Eigenverantwortung, aber hin und wieder einmal eine kleine Information wäre wahrscheinlich angebracht.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Möchte der Interpellant das Schlusswort?

ER Oliver Fessler (SVP)



Wir bauen und bauen und nehmen dabei immer mehr grüne Fläche weg. Die Natur entfernt sich zunehmend vom Zentrum und man muss immer weitere Strecken laufen oder fahren, um dem Betonschunzel zu entkommen.

Gerade deshalb würde es Sinn machen, eine grüne Fläche für Hunde zu schaffen, die man bequem zu Fuss erreichen kann und von dem alle profitieren.

Wir planen neue Gebäude, neue Buslinien, neue Parks, leider schützen wir dabei die wenigen Grünflächen im Zentrum von Neuhausen zu wenig. Dabei geht es nicht nur um Hunde, sondern um Tiere generell.

Weniger grüne Flächen bedeutet auch weniger Lebensraum für Tiere. Wenn wir so weiterbauen, entwickeln wir uns immer mehr in Richtung Grosstadt, wo Menschen am Wochenende fast kämpfen müssen, um einen Platz im Grünen zu finden.

Nicht alle haben ein Auto und die nächste grosse Grünfläche liegt bald ausserhalb der Gemeinde, teilweise sogar Richtung Deutschland. Aber eigentlich sollten wir die Möglichkeit haben uns auch hier in Neuhausen zu entspannen. Und es ist kein Hunde WC sondern ein Hundepark.

Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Die Diskussion ist erschöpft.

Das Geschäft ist erledigt.



Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Wie in der Traktandenliste ersichtlich ist, ist das Traktandum 7 noch nicht verhandlungsbereit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Nächste Sitzung findet voraussichtlich am 9. April 2026 statt.

Roland Müller
Präsident

Barbara Zanetti
Aktuarin